

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau
1 Mtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie
incl. Postzuschlag 1 Mtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt
an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung,
Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer vierthelligen
Petitzelle 1½ Sgr.



Breslauer Zeitung

Zeitung

Nº 70.

Mittwoch den 10. März

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammerverhandlungen.) — (Der Justizminister und das Schwurgerichtsgesetz.) — (Die Zeitungssteuer. Der Besuch der Kaiserin von Russland erwartet. Der Times-Korrespondent.) — (Zur Tages-Chronik.) — Köln. (Ausweisung.) — Aus dem Großherzogthum Posen. (Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. Chausseebau.) — Deutschland. München. (Donauzölle. Aushebung religiöser Vereine.) — Stuttgart. (Für den Zollverein. Ausweisung.) — Karlsruhe. (Die Spielbanken betreffend.) — Darmstadt. (Interpellation gegen den Bischof von Mainz.) — Kassel. (Freisprechung des General-Auditorats. Wahlen zum Bürgerausschuss. Vermischtes.) — Hannover. (Die Einladung zur berliner Zollkonferenz.) — Lübeck. (Pferde-Aukläufe.) — Berlin. (Die deutsche Flotte.) — Österreich. Wien. (Anweisung der Grundentlastungs-Kommission.) — Italien. Rom. (Das angebliche Komplott.) — Turin. (Thronrede.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — Großbritannien. London. (Gobden. Die Freihandels-Agitation. Vermischtes.) — Russland. Von der polnischen Grenze. (Die Dreiecks-Messungen.) — Asien. (Ueberlandspost.) — Provinzial-Zeitung. Rosenberg. (Mordversuch.) — Neisse. (Beendigung der Volksmission. Katholischer Verein. Einsegnung des Missionskreuzes. Instrumental-Verein. Gesangsfest.) — Notizen aus der Provinz. — Breslau. (Personalien.) — Wissenschaft, Kunst und Literatur. Lauban. (Musik-Aufführung.) — (Schlesische Gesellschaft für vaterl. Kultur.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. (In Bezug auf die hohen Getreidepreise.) — Breslau. (Zur Industrie-Ausstellung.) — (Produktenmarkt.) — (Berliner, stettiner und liverpooler Markt.)

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berlin, 9. März. Sicherlich ernennen nach hat die Bundesversammlung einen Kommissarins für Bremen ernannt, um ordnungsmäßige Zustände daselbst herzustellen.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 7. März. Den Gerüchten über Ministerialänderungen und Unterdrückung des Unterrichts-Ministeriums wird amtlich widersprochen. Der Oppositionskandidat Henon hat in Lyon nicht die genügende Stimmenzahl erhalten. Außer Lyon und dem vierten pariser Wahlkreise haben auch Ville, Arras, Nantes, Brest, Rennes, Chateau, Gonthier und Dinan kein Resultat geliefert. (Berl. Bl.)

Breslau, 9. März.

Wir halten die Pairiefrage noch keineswegs für so entschieden, als viele nach dem Votum der ersten Kammer glauben annehmen zu dürfen. Nicht nur die Entscheidung der zweiten Kammer ist noch ungewiss, sondern eben so ungewiss auch die der Regierung. Zwar entspricht das Votum im Allgemeinen den Wünschen des Ministeriums, aber es weicht doch auch in zwei nicht un wesentlichen Punkten von denselben ab, und Herr v. Manteuffel erklärte gleich in der Debatte, daß die Zustimmung der Regierung nur auf den ursprünglichen Antrag Koppe's, nicht aber auf die Veränderung sich beziehe, mit welcher eine Mehrheit von 82 gegen 56 Stimmen ihn angenommen hat. Freilich stimmten auch die Minister v. Raumer, Simons und v. Westphalen hierbei mit der Mehrheit gegen ihren Präsidenten, allein es ist doch noch immer sehr die Frage, ob die drei den einen aufwiegen, und vor allem ob sie oder er die Krone auf seiner Seite haben wird.

Bei dieser Lage der Dinge, welche im Hinblick auf die bevorstehende Debatte in der zweiten Kammer an Bedeutung gewinnt, hat die Kreuzzeitung die Hoffnung auf einen schließlichen Sieg ihrer Partei noch keineswegs aufgegeben. „Eine verlorne Schlacht ist keine verlorne Campagne“, rufst sie aus und hofft zugleich, daß „die Ritter und Junker der alten Provinzen es verstehen werden, aus dem bitteren Holze eine süße Frucht zu ziehen.“ Das heißt doch offenbar, die Ritter und Junker außerhalb der Kammern sollen ihren Vertretern in den Kammern zu Hilfe eilen, um mit vereinter Kraft die Niederlage noch in einen Sieg zu verwandeln. Woher auch sollten sie folche Hoffnung nicht hegen? „Es ist schon manches Neue beschlossen worden und doch beim Alten geblieben“, erinnert die Kreuzzeitung mit vollem Recht, und setzt schließlich hinzu: „Das gegenwärtige Kabinett wird so unzweifelhaft von dem Beifall des Kerns der Monarchie getragen, daß es über das gestrige Votum unbedenklich zur Tagesordnung übergehen kann!“

Wir halten diese Worte für so deutlich, als es der Kreuzzeitung von ihrem Standpunkt aus überhaupt möglich war deutlich zu sein, und da wir keinen Grund haben, wie sie, einen „Schleier“ über „das zu werfen, was in diesem Kampfe den Ausschlag gegeben“, können wir auch deutlicher als sie sein.

„Es ist kein Geheimnis, daß die Krone selbst es war, welche im Ministerium, wie in der Kammer dem Antrage Koppe's den Sieg gewonnen hat. Herr Stahl, der gleich im Anfang seiner Rede erklärte, daß er „heute ganz besonders im Auftrage seiner politischen Freunde das Wort ergreife“, gestand ganz offen, seine Partei werde, wenn sie unterliege, nicht ihren Gegnern, sondern „der Regierung Sr. Majestät“ unterliegen. Es gilt also jetzt, da die erste Kammer über den ursprünglichen Antrag Koppe's, ohne die Missbilligung des Ministerpräsidenten zu beachten, hinausgegangen ist, von neuem den Versuch zu machen, die „Regierung Sr. Majestät“ zur Partei hinüberzuziehen. Zu diesem Zweck soll neben der bisherigen stilleren Agitation auch die lautere „Ritter und Junker der alten Provinzen“ auf dem Plane erscheinen, um „aus dem bitteren Holze eine süße Frucht zu ziehen“, d. h. dieser „Kern der Monarchie“ soll neuerdings das Ministerium drängen, über das Votum der ersten Kammer zur Tagesordnung überzugehen“ und anderseits ihm hierbei gegenüber der Krone zur Stütze diesen Beifall des Kerns der Monarchie getragen, daß es über das gestrige Votum, unabdinglich zur Tagesordnung übergehen kann.“

Es fragt sich nur, ob die Krone diesen Übergang zur Tagesordnung für eben so „unbedenklich“ ansehen wird. Zwar hat Hr. Stahl die Motive dieser „Unbedenklichkeit“ in seiner langen Rede in ihrer „ganzen Vollständigkeit“ vor ihr wie vor dem

Lande ausgebreitet, und nach allen Seiten hin zu zeigen versucht, daß seine und seiner politischen Freunde Opposition in dieser Frage nicht das Interesse der „Ritter und Junker der alten Provinzen“, sondern das wahre Interesse der Krone selbst zu wahren und zu fördern bezwecke. In immer neuen Wendungen führte er aus, daß nicht der Hefter-Koppesche, sondern allein der Alvensleben-Gaffronische Antrag eine „die Krone schützende Kammer verbürgte.“ Jener Antrag, rief er aus, wird „das Königthum befreien von der aristokratischen Partei“, die bis jetzt als eine Phalanx um dasselbe gestanden hat; er wird es befreien von seinen Wällen, befreien von seinem Panzer, damit es ohne Wall ungewappnet herabsteige auf die Arena des parlamentarischen Kampfes. Dies zu verhindern ist die Bedeutung unserer Adelsopposition!

Wir bezweifeln keinen Augenblick die „Treue gegen die Krone“, welche Herr Stahl am Schlusse seiner Rede für sich und seine Freunde in Anspruch nahm, aber wir bezweifeln die Einsicht dieser „Adelsopposition“, und vor Allem stellen wir es entschieden in Abrede, daß diese Partei jemals die Schutzmacht der Krone Preußens gewesen ist.

Wie überall, so ist auch bei uns das Königthum gegen die „Adelsopposition“ in die Höhe gekommen. Es hat sich hierbei auf ganz andere als die Kräfte der Ritterschaft gestützt, und später hat die Ritterschaft ihm nicht anders wie alle anderen Stände gedient. Von einer Protektion der Krone durch den Adel wissen wir nichts, wohl aber wissen wir das Gegenteil, daß der Adel durch die Krone protegiert worden ist, und daß er, wenn die Krone heut von ihm ihre Hand abzöge, schwerlich die soziale und politische Stellung behaupten könnte, welche er noch jetzt einnimmt. Und wenn Herr Stahl es aussprechen zu dürfen glaubte, daß eine nach den Wünschen seiner Partei zusammengesetzte Kammer im Lande als eine „durchaus selbstständige“ anerkannt werden würde, so können wir ihm hierauf nur erwidern, daß er sich hierbei in einem großen Irrthum befindet. Das Land hat die Ritterschaft bisher noch nicht als politisch selbstständig nach oben kennen gelernt. Weder auf dem ersten, noch auf dem zweiten vereinigten Landtag hat sie diese Selbstständigkeit bewährt, und am allerwenigsten hat sie sich auf dem lehtern als eine „die Krone schützende und stützende“ Macht gezeigt.

Wir hoffen, daß die Krone diese Lebenserfahrung höher schätzen wird, als alle Doktrinen der Herren Stahl und von Gerlach. „Sie bieten mir ihre Protektionen an, sagte Ludwig XVIII. im Jahre 1816 von der royalistischen Opposition, ich aber will nicht, daß man von mir mit den Worten des Dichters sage, auf welches gebrechliche Rohr hat er sich gestützt!“ Sein Bruder aber stützte sich auf dieses Rohr, und Federmann weiß, daß sein Ende die Wahrheit der Worte Ludwigs bewährte*).

Breslau, 9. März. [Zur Situation.] Die Strömung der Zeit läuft unleugbar auf den Absolutismus hinaus; auf das persönliche Regiment. Die Wirrsale und Leiden der vorausgegangenen Jahre haben theils eine tiefe Entmutigung, theils einen totalen Umschlag früherer Bestrebungen, bei Vielen eine grauenhafte Enttäuschung, bei Allen so viele Enttäuschungen zur Folge gehabt, daß die Verheißungen des Absolutismus unter dem Namen: starker Regierung — überall ein gläubiges Ohr finden.

Am meisten in Frankreich! Daher gelang der Staatsstreich vom 2. Dezember so vollkommen, und Frankreich ist jetzt in der Lage, zum Nutzen des übrigen europäischen Kontinents, wenn nämlich die Völker geneigt wären von einander zu lernen und durch Erfahrung klug zu werden — an sich selbst ein Exempel von dem Segen des persönlichen Regiments statuiren zu lassen.

Niemals ist noch eine Regierung in der Lage gewesen, in welcher sich gegenwärtig die französische befindet. Keine Opposition, weder in der Presse, welche vollständig geknebelt ist, noch in der Kammer, welche auf 261 Mitglieder höchstens sechs oppositionelle zählt; keine Möglichkeit eines Hemmnisses außerhalb der Regierungssphäre und eine Gewalt, wie sie kaum anderswo einer Regierung zu Gebote steht. Denn selbst in anerkannt autokratischen Staaten hemmt den persönlichen Willen des Herrschers das Gebot der Sitte, der Religion u. s. w., Schranken, deren man in Frankreich gleichfalls spottet.

* Nach dem Schlusse unseres Artikels kommt uns die Kreuzzeitung vom 9. in die Hand, deren Leiter mit dem vom 7. außerordentlich kontrastirt. Er fordert die Besiegten auf, „nummehr in um so aufsperrender Treue nach oben wie nach unten mit Männlichkeit um den Preis zu ringen, und vor Federmann, der es nicht absichtlich leugnet, den Beweis zu führen, daß wir Liebe, Pflicht und Dienst nicht davon abhängen machen, ob man uns den Willen thut.“ — Man sieht, die Kreuzzeitung kann für jetzt den Cours nicht halten, den sie am 7. steuerte. Der Gegenwind muß offenbar zu stark sein und sie legt für den Augenblick bei. Hat vielleicht eine Depesche am Redaktionstisch die Runde gemacht?

Die Regierung hat die allerunbedingteste Freiheit der Aktion und darum die allergeheuerste Verpflichtung. Das Prinzip des Absolutismus, der möglichst starken Regierung, in seiner reinsten Form dargestellt, muß jetzt zeigen, welchen Werth es für das Wohl der Völker hat; ob es wirklich die Segnungen zu bereiten vermag, welche es verheißt.

Die „starke Regierung“ hat ihr Rhodus gefunden; die Zukunft wird zeigen, ob sie tan en kann.

Inzwischen fährt sie fort, den europäischen Frieden durch ihre Zumuthungen an die Schweiz und an Belgien zu kompromittieren, obwohl das ursprüngliche Einverständnis mit Österreich seit einigen Tagen erschüttert sein soll, wie ein englischer Korrespondent aus Paris versichert. Dass darum die Gefahr für die Schweiz noch nicht beseitigt ist, wird aus mancherlei Andeutungen klar, auf welche man uns von Berlin her aufmerksam macht. Von eben daher giebt uns das C. B. einen interessanten Bericht über die Situation des Justiz-Ministeriums zu den Kammer-Faktionen, woraus jedoch schließlich hervorgeht, dass das Portefeuille desselben den bisherigen Händen noch ferner anvertraut bleiben wird.

Aus Hannover erhalten wir nähere Nachrichten über den Inhalt des preußischen Einladungsschreibens zu der berliner Zollvereins-Konferenz; wie von anderer Seite hier über die Bemühungen Hannovers wegen Erhaltung der Nordsee-Flotte.

Über den letzten Bundesbeschluss in dieser Angelegenheit giebt die L. Z. vollständig Auskunft.

Preußen.

Berlin, 8. März. [Amtliches.] Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin und ihre Hoheit die Herzogin Karoline von Mecklenburg-Strelitz sind von Schwerin hierher zurückgekehrt.

Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig ist von Braunschweig hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen.

Dem astronomischen Rechner bei der hiesigen königlichen Sternwarte, Dr. phil. Wolters, ist das Prädikat Professor verliehen worden. — Die königliche Akademie der Künste hat den Landkartenstecher Johann Leopold von Bähr in Halle a. d. S., in Anerkennung der vieljährigen Leistungen desselben in seinem Fache, zu ihrem akademischen Künstler ernannt.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 8. März.

Vors.: Graf v. Ritterberg. Am Ministertheile: v. Westphalen, als Reg.-Kommiss. v. Bischoff, v. Raumer, v. Bodelschwingh, Reg.-Kommiss. Nobile, Sulzer.

Ein Gesetzentwurf wegen Ermäßigung des Durchgangszolls für Zinn wird der Finanzkommission überwiesen. Zunächst erfolgt die nochmalige Abstimmung über die auf Grund der Anträge der Abg. v. Zander und v. Alvensleben von der Finanzkommission vorgeschlagene Änderung des Art. 99 der Verfassungsurkunde, welcher von der Feststellung des Staatshaushalts-Etats handelt; dieselbe wird heute mit 78 gegen 43 wiederum genehmigt. Darauf tritt die Kammer dem Antrage des Abg. v. Zander auf Streichung eines Passus im Art. 62 der Verfassungsurkunde, durch welche Streichung die Wirksamkeit der ersten Kammer bei Prüfung und Feststellung des Staatshaushalts-Etats der zweiten gleichgestellt wird, auch heute wieder, und zwar mit 80 gegen 45 Stimmen, bei. Es folgt der nachträgliche Bericht der Kommission für Rechtsvorsorge über den Verbesserungsantrag des Abg. Kisker zu dem Gesetzentwurf, betreffend den Diebstahl an Holz und andern Waldprodukten. Das Amendement schlägt statt des im Entwurfe vorgeschriebenen Untersuchungsverfahrens ein der Verordnung vom 3. Januar 1849 nachgebildetes Mandatsverfahren vor; die Kommission empfiehlt jedoch die Ablehnung dieses Amendements. Bei der Diskussion verteidigt Straß das Mandatsverfahren als einfach und praktisch. Kisker widerlegt die gegen dieses Verfahren von Seiten der Kommission an den Tag gelegten Bedenken. v. Zander erklärt sich gegen das Amendement. v. Gerlach hält es beim Abwagen der Gründe für und gegen für entscheidend, dass die Kammer der Regierung dieses Verfahren nicht ausdrängen solle und entscheidet sich somit für die Ablehnung des Verbesserungsantrages; auf gleiche Weise erklärt sich der Regierungskommissar im Interesse der Forstverwaltung. Der Verbesserungsantrag wird von der Kammer abgelehnt. Zu § 28 stellt Kisker den Verbesserungsantrag, „das Rechtsmittel des Rekurses auch bei einer Geldbuße von weniger als 5 Thlr. gestatten zu wollen“; derselbe wird, nachdem Kisker und Straß dafür, v. Zander und der Regierungskommissar dagegen gesprochen haben, abgelehnt. Der Gesetzentwurf im Ganzen wird nun mit großer Majorität angenommen. — Schließlich liegt der Bericht der Kommission vor über den Gesetzentwurf, betreffend die vorläufige Straffestsetzung wegen Übertretungen des dienstlichen und öffentlichen Verfahrens in Untersuchungssachen Gelehrtenkraft hat. Bei der General-Diskussion erklären sich v. Vincke, v. Zander im Wesentlichen für den Gesetzentwurf, Kisker dagegen, v. Gerlach empfiehlt ihn dringend, da er in ihm das Grundsprinzip erkennt, die Justiz und die Verwaltung organisch zu verbinden, das Rechtsverhältnis so herzustellen, wie es vor 1848 war. Der Minister des Innern widerlegt die Gegengründe Kiskers und nimmt die bisherige Erfahrung für das Gelehrte in Anspruch. Schon im vorigen Jahre war eine solche Verordnung dringend nötig, und es hat durch das Ausbleiben derselben bereits die Ordnung an manchen Orten gelitten. Es ist deshalb nötig, sie baldigst wieder herzustellen und somit die obrigkeitsliche Autorität zu kräftigen. Bei der Spezial-Diskussion wird ein Verbesserungsantrag des Abg. Kisker, den § 1 des Gesetzentwurfes dahin abzuändern, dass die Kompetenz des Polizeiverwalters nur an den Orten einzutreten habe, wo kein Polizeirichter seinen Sitz hat, und in demselben Paragraph statt des Wortes „Strafe“ die Worte „vermehrte Geldbuße“ zu setzen: der erste sowie der zweite Theil des Amendements wird abgelehnt, § 1 selbst nach der Regierungsvorlage angenommen. Den § 2, welcher von dem Inhalt der Verfügung handelt, hat die Kommission geändert; ein Verbesserungsantrag des Abg. v. Zander substituiert die Fassung der Regierungsvorlage, ein anderer Verbesserungsantrag zu diesem Paragraph ist vom Abgeordneten v. Vincke eingebracht, und ein partikularer von Kisker. v. Gerlach erklärt sich gegen die Verbesserungsanträge; er hält die Anweisung zu einem Rekurs für schädlich. Solche Rechtsmittel müssen möglich, aber schwer zu erreichen sein. v. Vincke hofft, das Haus werde einen solchen fürchterlichen Grundsatz, welcher nur das bedeute, das Rechtsmittel müsse dem Armen unmöglich gemacht werden, nicht teilen. Der Regierungskommissar, geh. Oberregierungsrath Sulzer, erklärt sich gegen die Amendements v. Vincke und Kisker, hat jedoch nichts gegen das v. Zandersche einzubringen. Kisker verteidigt das seine, welches dahin geht, in die Verfügung auch die Bezeichnung der Kasse aufzunehmen, an welche die festgesetzte Geldbuße zu entrichten ist. Der § 2 wird mit dem v. Zanderschen Amendement angenommen, also in der Fassung der Regierungsvorlage; die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Zweite Kammer. Sitzung vom 8. März.

Präsident: Gr. Schwerin. Die Beratung über das Schwurgerichtsgesetz wird fortgesetzt. Ein Zusatz der Kommission will die Aburteilung von Verbrechern unter 16 Jahren den Schwurgerichten entziehen. Bürgers bestreitet die Zweckmäßigkeit einer solchen Bestimmung und die Verfassungsmäßigkeit derselben. Der Justizminister erklärt sich dafür, schon deshalb, weil die Zahl der zur Kompetenz der Schwurgerichte gehörenden Untersuchungen beständig im Wachsen sei. Der Minister entscheidet sich aus diesem Grunde auch für ein Amendement Büchtemann, welches den Schwurgerichten auch diesenigen Diebstähle zuweist, die nur wegen Rückfalls mit Zuchthaus bedroht sind. — v. Brauchitsch hält die Erfahrungen noch nicht für gereift, um schon jetzt so eingreifende prinzipielle Änderungen an dem Strafgesetzbuche vorzuneh-

men. Er spricht sich jedoch für die Änderung in Betreff der Verbrecher unter 16 Jahren aus. Reichensperger ist für diese Änderung ebenfalls; er wünscht, dass Alles beseitigt werde, was die Schwurgerichte gehässig machen kann; man müsse scrupös sein in Handhabung der Verfassung, aber man sei berechtigt, sie zu interpretieren. — Beseler bemerkt, die Beurtheilung des Rückfalls sei nicht zu trennen von der Beurtheilung der Schuldfürhaftigkeit; die Geschworenen mögen die Beurtheilung schwierig finden, aber die Beteiligung des Volkes an öffentlichen Dingen habe überhaupt ihre Schwierigkeiten, und wenn man diese beseitigen wollte, so würde man mit gleichem Grunde auch die Landwehr aufheben müssen. — Geppert ist für den Kommissionsantrag, weil jugendliche Verbrecher nicht diejenige erschwerende Qualifikation darbieten, welche die schwurgerichtliche Verhandlung voraussetzt. Der Kommissionsantrag wird hierauf mit einer von Nöldchen beantragten Änderung, durch welche politische Verbrechen und Vergehen auch jugendlicher Personen den Schwurgerichten zugewiesen bleiben, angenommen. Der Antrag Büchtemann wird abgelehnt. Zu den folgenden Zusätzen der Kommission, welche die Regelung der Kompetenzstreite betreffen, erklärt der Regierungskommissar, geh. Rath Grimm, dass die Regierung auf diese Regelung besonderen Werth lege und empfiehlt eine von Büchtemann vorgeschlagene Änderung, wonach das Obertribunal mit seiner Entscheidung dahin abgabend sein soll, dass die That innerhalb der Kompetenz des Gerichts, welchem die Sache zugewiesen ist, fällt. Nach einer kurzen Erörterung von Nöldchen rechtfertigt Wenzel den von ihm gestellten Änderungsantrag. Der Regierungskommissar widerlegt beide und empfiehlt Annahme des Kommissionszusatzes mit den Amendements von Büchtemann und Neuenburger, welche auch Geppert unterstützt. Nach einem längeren Vortrage Reuter wird zwei Anträge auf Schluss abgelehnt, worauf Neuenburger für sein Amendement spricht. Es erfolgt hierauf die Ablehnung der Wenzelschen Änderungen. Bei der Abstimmung über die Zusatzparaphren der Kommission wird § 10, § 11 Al. a, § 12 mit dem Amendement von Neuenburger und § 13 in der Fassung von Büchtemann angenommen, § 11 Al. b nach Nöldchens Antrage abgelehnt. — Von Wenzel und Genossen ist ferner zu § 9 ein Zusatzartikel eingefügt, welchen Beseler und Wenzel gegen den Minister, der Regierungskommissar gegen Reichensperger und Büchtemann vertheidigen, der aber abgelehnt wird. — Bei Art. 14 der Kommissionszusätze ist von Wenzel ic. ein zweites Al. als Zusatz beantragt, wird aber verworfen und Art. 14 pure angenommen, ebenso Art. 15. — In Art. 16 will Wenzel und Genossen eine andere Fassung des Al. 1, und in Al. 2 die Streichung zweier Allegate und begründet diese Anträge gegen Geppert und den Regierungskommissar; sie werden aber verworfen und der § 16 in seiner ursprünglichen Fassung angenommen; dagegen bei § 17 Al. 2 nach Wenzels Antrage gestrichen. Die §§ 18—20 werden ohne Diskussion genehmigt. (Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.) (C. B.)

C. B. Berlin, 8. März. [Der Justizminister und das Schwurgerichtsgesetz.] Es wird zur Beurtheilung der Situation nicht uninteressant sein, wenn wir hier von einigen Vorgängen sprechen, welche innerhalb der Fraktion der entschiedenen Rechten den Berathungen über das Schwurgerichtsgesetz vorausgegangen sind. Man hatte Seitens der Rechten die Absicht, der Schwurgerichtsinstitution in der Berathung vorgeschlagene Zusatzgesetze einen neuen Halt zu geben, vielmehr die Institution, wie sie einmal vorhanden ist, ihrem eigenen Schicksale zu überlassen. Die Absichten der Linken begegneten sich, was das Auftreten in der Kammer betraf, mit denen der Rechten und die von Beseler geäußerte Ansicht, die Zusätze seien mehr oder weniger überflüssig, verschärfte. anlaufen sogar die von der Rechten an den Obertribunals-Vicepräsidenten Göze abgeordnete Deputation, welche mit Herrn Göze über die vorliegende Angelegenheit sich sprechen sollte, Herrn Beseler zur Theilnahme einzuladen und Herr Beseler begab sich dann auch mit zu dem Obertribunals-Vicepräsidenten, der sich gegen die Zusätze aussprach und der Ansicht des Justizministers gegenüber, welcher neue präzise Bestimmungen für unerlässlich hielt, meinte, dass zunächst in der Praxis ganz gut ohne die vorliegenden Zusätze auszukommen sei. — Bei dem beabsichtigten Compromiss, von welchem die rechte Seite glaubte, dass er zu einem Rücktritt des Justizministers Simons Veranlassung werden könnte, zeigte sich aber eine Spaltung in der Urnischen Fraktion, indem mehrere juristische Mitglieder sich für den Justizminister aussprachen, und ihr Austritt aus der Fraktion zu befürchten stand. Der Chef der Partei, Graf Venning, zu dieser Zeit sich auf Urlaub befindend, wurde von bedenklichen Mitgliedern zurückgerufen und ihm gelang es, der Sache eine Wendung zu geben und die Fraktion vor einer Spaltung zu bewahren, wobei anderweitig der Hinblick auf die Verfassungs-Revisionsfragen und die Auffassungen in Betreff der Neubildung der ersten Kammer in gewissen Kreisen nicht ohne Mitwirkung geblieben sind. — Der Chef des rechten Centrums, Herr Geppert, war auch aufgefordert worden, an der obenerwähnten Konferenz mit Herrn Göze Theil zu nehmen. Er hatte es aber abgelehnt, weil seine Fraktion ihr Auftreten bereits berathen und beschlossen hatte, den vom Justizminister adoptierten Abänderungen und Zusätzen beizustimmen. Herr Hartmann begleitete an Stelle des Herrn Geppert die Deputation, um so die Geppert-Bodelschwinghsche Fraktion, von dem was vorging au fait zu halten. Hieraus werden sich auch die Gerüchte, welche vorzugsweise in Kammerkreisen zirkulierten und die Herren Simons den Wunsch als Präsident des Appellhofes nach Köln zu gehen, unterlegten, erklären. — Dass man Seitens einer sehr entschieden politisch rechts gehenden Partei Herrn Göze zum Minister der Gerechtigkeit wünscht, hat man früher schon mehrfach an den Tag gelegt und dabei sicher eine sehr glückliche Wahl getroffen. Wir brauchen dem Gesagten kaum hinzuzufügen, dass von einem Rücktritt des jetzigen Justizministers nicht die Rede ist.

■ Berlin, 7. März. [Die Zeitungssteuer.] Der Besuch der Kaiserin von Russland erwartet. — Der Times-Korrespondent. Nachdem die Finanz-Kommission der zweiten Kammer sich in neun langen Sitzungen mit der Vorberathung der Prinzipien beschäftigt hat, welche dem Gesetz-Entwurf über die Veränderung der Zeitungssteuer zum Grunde liegen, hat sie sich endlich in ihrer gestrigen Sitzung zu einem Beschluss über das Prinzip geeinigt, und wird nun in das Detail der einzelnen Paragraphen eingehen. Der gestern mit 12 gegen 3 Stimmen gefasste Beschluss (dem Vernehmen nach wollten diese 3 die einfache Annahme der Regierungs-Vorlage; 6 Kommissions-Mitglieder fehlten bei der Abstimmung) sucht eine Vermittelung zwischen dem Regierungs-Entwurf und einer Fixierung der Steuer. Dem Namen nach ist nämlich zwar die Besteuerung nach dem Flächenraum beibehalten, sie hierfür letztere soll aber für die einzelnen Blätter nach dem Durchschnitt normiert, nach in verschiedene Klassen eingeteilt und die Steuer so also von dem einzelnen Blatte zwar als eine fixierte erhoben werden, nur dass das der Ausdehnung nach deutendere Blatt von Hause aus höher dazu eingeschätzt und herangezogen wird, als das kleinere. Die Steuer soll hiernach also die Natur einer Klassensteuer erhalten, und der Umfang der verschiedenen Blätter, durchschnittlich berechnet, wird die Norm abgeben, nach der die Klassifizierung erfolgt. Noch liegt darüber kein Beschluss vor, wie hoch der Steuer-Betrag für die einzelnen Klassen angesetzt werden wird, aber es bleibt schon viel gewonnen, wenn das einzelne Blatt, das nun einmal zu dieser oder jener Klasse eingeschätzt ist, hiernach also eine bestimmte Steuer entrichtet, die freie Bewegung hinsichtlich seines Raumes behält, ohne unter den inquisitorischsten Formen, wie der Regierungs-Entwurf sie vorschlägt, tagtäglich der Kontrolle, der Messungen durch

das Steueramt und der Veraccisirung, gleich anderen Dingen nach dem Gewicht, aus
gesetzt zu sein. Es wird nun zwar noch Alles darauf ankommen, wie die einzelnen
Steuersätze gegriffen werden, aber der mit diesem Prinzip angenommene Fortfall der
auf einer vollen Bekennung des Zeitungswesens beruhenden vexatorischen Kontrolle
des Regierungs-Entwurfs hat die ganze Sache in eine andere Lage gebracht. Die
Kommission hält morgen wieder Sitzung, wo sie in ihren Beschlusssammlungen fortfahren
wird, und wobei man nun wohl schnell zum Abschluß kommen wird, da die Einigung
über das Prinzip die Hauptsache und das Schwierigste war. Graf Kraffow wird bei
dieser Gelegenheit den Bericht erstatte. *)

Es soll, wie uns versichert wird, nunmehr die positive Zusicherung hier eingetroffen sein, daß die Kaiserin von Russland im Mai zu einem Besuche für mehrere Wochen hierher kommt. Die unmittelbare Veranlassung giebt die silberne Hochzeit des Prinzen Carl, des Lieblingsbruders der Kaiserin, die auf den 26. Mai fällt. Schwerlich aber begleitet der Kaiser seine Gemahlin bis hierher, gewiß ist nur nach den letzten Gesandtschaftsberichten, daß er ungefähr um diese Zeit — denn daß man in Russland die Termine für derartige Reisen nicht lange im Voraus genau festsetzt, ist eine bekannte Sache — nach dem Königreich Polen geht, um den Truppen-Manövern beizuwohnen, daß die Truppen deshalb dort schon mit dem Beginn der besseren Jahreszeit Lager beziehen werden, daß der Kaiser nebst seiner Gemahlin dann später im Zug nach Moskau gehen werde, um dort den großen Festen beizuwohnen, welche zum Andenken an das eintausendjährige Bestehen des russischen Reiches gefeiert werden sollen, und wahrscheinlich endlich ist es, daß auch einige Mitglieder der preußischen Königs-Familie bei dieser Gelegenheit den Festen assistiren werden. Man ist darauf angewiesen, derartige Nachrichten aufzuziehn, so wie sie gegeben werden; denn wer wollte daraus, daß dieselben im Augenblick genau sind, und daß derartige Pläne zur Zeit bestehen, schon mit Zuverlässigkeit die Schlussfolgerung ziehen, daß sie auch ihre Verwicklungen finden werden?

Die Thatache an sich ist ziemlich unwichtig, daß die „Times“ ihren ständigen Korrespondenten für die deutschen Angelegenheiten, Mr. Fillmore, angewiesen hat, sich von hier, wo er sich bisher aufhielt, nach Genf zu begeben, um für die nächste Zeit von dort aus zu berichten, aber es ist ein Wetterzeichen, wo der Sturm droht, denn es läßt sich nachweisen, daß dieses Blatt, welches seiner ganzen Stellung nach der Werkstatt der politischen Ereignisse näher steht, als die meisten anderen, während der letzten Jahre fast immer seine Korrespondenten dahin dirigirte, wo die bald folgenden Ereignisse Stoff in Fülle zu Berichten gaben. Wir glaubten deshalb auf diese Thatache besonders hinzuweisen zu dürfen, zumal unsere Beobachtungen uns belehrt haben, daß auch unser Gouvernement die Anzeichen der nach Belgien und der Schweiz hin drohende Konflikte keineswegs mit so sorglosem Auge betrachtet, als man nach der noch äußerlich herrschenden vollständigen Ruhe schließen dürfte. Schon die unerwartete unschleunige Rückkehr des englischen Gesandten von seinem Urlaub auf den hiesigen Posten durfte den Schluss erlauben, daß die Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dem englischen Kabinett im Augenblick eine mehr als gewöhnliche Wichtigkeit haben. Die Mission des Prinzen von Ligne von Brüssel aus an den hiesigen Hof, die Sendung des Vertrauten des Königs, Herrn Niebuhr, nach London, der überaus lebhafte Courierwechsel und die Art der hierbei verwendeten Personen: wahrlich es sind die Zeichen, daß eine außergewöhnliche Thatigkeit herrscht in den Regionen, wo die Thatachen, die dann als weitreichende und oft erschütternde Ereignisse hervortreten, vorbereitet werden. Nimmt man hierzu die jetzt von allen Seiten gleichmäßig bestätigten Nachricht von den bedeutenden für französische Rechnung effektuierten Pferde-Ankäufen, das rege militärische Leben in den Grenzdistrikten unseres großen östlichen Nachbarn, so erhalten wir eine Summe, die Stoff zum Denken genug giebt. Nicht Bermuthungen aufstellen, nicht Projekte machen wollen wir hier, aber die Presse hat ein Recht und eine Pflicht, den Dingen die Aufmerksamkeit zuzuwenden, noch ehe sie als vollendeten Thatachen da sind, und deshalb wolle Feder auf den angebauten Dat's selbsterklären.

[Parlamentarisches.] Wie die Spen. Ztg. aus der ersten Kammer hört, begab sich nach der Erklärung, welche der Ministerpräsident in der Freitagssitzung über den Zusatz des Abgeordneten Koppe zu dessen Amendment mit den Worten „auf Lebenszeit“ gemacht, als gegeben hatte, der Abgeordnete Graf Fürstenberg-Stammheim zu dem Könige, worauf Se. Majestät brüflich den anwesenden Ministern die Zustimmung zu diesem Zusatz mittheilte.

(B. 3.) Die zunächst zur Berathung im Plenum der zweiten Kammer bestimmten Gegenstände sind, nach Erledigung des jetzt berathenen Berichts über die Verordnung vom 3. Januar 1849, das Disziplinarrecht für die nichtrichterlichen Beamten, der Handelsvertrag mit Belgien, der Gesetzentwurf über Ergänzungen des Militärstrafgesetzbuches, die Vorlage betreffs Erwerbung der niederösterreichisch-märkischen Eisenbahn durch den Staat, endlich der Rest des Budgets, der wichtig über die Etablissements der Oberpräsidien und Regierungen, des landwirthschaftlichen Ministeriums, des Gefütwesens und der Militäretat. Diese Vorlagen sollen bis zum 6. April erledigt sein, von welchem Tage an, nach dem Vorschlage des Präsidenten, Ferien bis zum 15.—18. d. J. M. einzutreten würden. Hiernächst möchten die verschiedenen zur Gemeindeordnung gebbrigen Regierungen entwürfe zur alsballdigen Verhandlung kommen, deren Berathung, wenigstens nach der darüber herrschenden Ansicht bei einem großen Theile der Abgeordneten, nicht in so beschleuniger Weise vor sich geben dürste, als dies in der ersten Kammer geschehen ist.

Die Beschlüsse, welche die zweite Kammer im Betreff der Qualifikation der Mitglieder der vereinigten obersten Gerichtshofes gefasst hat, haben die Zustimmung der Kommission der ersten Kammer erlangt. Wenn die Kammer selbst, wie zu erwarten steht, diesen Beschlüssen gleichsam beitritt, so werden in Zukunft außer denjenigen Juristen, welche schon nach der gegenwärtigen Gesetzgebung für die Mitgliedschaft beim Obertribunal befähigt sind, auch die Direktoren der Städte und Kreisgerichte und solche Ministerialräthe, welche mindestens vier Jahre im Justizministerium als vortragende Räthe gearbeitet haben, anstellungsfähig sein.

Gegen die mit Belgien unterm 18. Febr. d. J. abgeschlossener Additionalkonvention ist ein
Widerspruch Seitens der Kammer nicht zu erwarten. Die Stipulation im Art. 3 der Ueberein-
kunft, welche eine über den Hauptvertrag vom 1. Sept. 1844 hinausgehende Konzession festsetzt,
scheint allein ein Bedenken hervorrufen zu wollen. Von Seiten der Regierung ist jedoch für die
Bedeutunglosigkeit dieses Zugeständnisses auf den Umstand hingewiesen worden, daß jährlich
Durchschnitte unsere Häfen von nicht mehr als zwei belgischen Schiffen besucht werden.
Man wird hiernach über dieses Bedenken um so mehr hinweggehen können, als der preußische
Flagge belgischer Seitens dieselben Rechte eingeräumt sind, welche die britische Flagge zur Zeit ge-

Die gestrige Beschlussschrift der Kommission läßt die Absichten noch nicht recht deutlich erkennen; wie wir nach dem Vorlaute des Beschlusses die Sache auffassen, so wird von Hause aus bestimmt werden, diese und diese Zeitungen gehörn nach der Größe ihres Formats — der Bogen zu 400 — Zoll wird als Norm angenommen werden — und nach dem durchschnittlichen Zahl der Bogen jeder Nummer zur ersten Klasse; diese erste Klasse zahl für jedes Exemplar 10 und so viel Steuer pro Jahr; so viel die zweite Klasse u. s. w. Hier nach könnten denn alle Grundsätze des früheren, bis 1848 gültig gewesenen Zeitungs-Stampfgesetzes wieder in Anwendung gebracht werden, nur daß nicht alle Blätter in der Folge auch einen gleich hohen Stempel bezahlen.

nicht, oder in Zukunft genießen wird, — ein Zugeständnis, durch welches für die Mehrzahl der Artikel die Differentialzölle faktisch bestätigt sind.

Bei einer in diesen Tagen in der Provinz Sachsen statthabenden Wahl wird wahrscheinlich der durch Herrn Ministerpräsidenten und den Abg. Koppe zur Wahl empfohlene Dr. Dreyholt als Abg. zur zweiten Kammer gewählt werden. (C. B.)

(C. B.)
Die Centralkommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1852 hat den Etat der Oberpräfetien und Regierungen berathen. Die Ausgaben für die Oberpräfetien und Regierungen zerfallen in 3 Titel: 1) Befoldungen und andere persönliche Ausgaben 1,386,902 Rtl. 2) Diäten, Fuhrkosten und Geschäftsbüdfriffe 346,595 Rtl. 3) Verschiedene Ausgaben 28,502 Rtl., in Summa 1,761,999 Rtl. Für das Jahr 1851 beliefen sich diese Ausgaben zusammen auf 1,777,012 Rtl. Die Kommission trägt auf Genehmigung dieser Ausgaben an. — Ein anderer Gegenstand, über welchen von der Kommission berathen worden ist, betrifft den Etat des Ministerii für landwirth. Angelegenheiten. Die Einnahmen dieses Ministerii sind veranschlagt: Tit. I. Regulirungskosten, Gebührenrc. der Auseinandersetzungsbördnen 932,883 Rtl.; Tit. II. Revenuen-Ueberschüsse des Stammsschäfereigutes Frankenfelde 2,900 Rtl.; Tit. III. Von den Rentenbanken 20 Rtl., in Summe 935,803 Rtl. Die Kommission trägt auf Genehmigung der Richtigkeit dieser Einnahmen an. Die Ausgaben betragen I. für das Ministerium 40,859 Rtl., II. für das Revisions-Kollegium für Landes-Kultursachen 24,300 Rtl., III. für die Auseinandersetzungsbördnen 1,076,174 Rtl., IV. für die Rentenbanken 50,000 Rtl., V. für Förderung der Landeskultur 98,380 Rtl., VI. für die Förderung der Pferdezucht 24,000 Rtl., VII. für das Deichwesen (für den Regierungsbezirk Danzig 25,314 Rtl., Marienwerder 3125 Rtl., Düsseldorf 2250 Rtl. ic.) 34,167 Rtl. Die Kommission trägt bei den sämtlichen Ausgaben auf Genehmigung derselben an. Ebenso ist die Kommission einverstanden mit der Summe von 140,000 Rtl. zu Meliorationen und Deichbauten. — Ueber den Etat der Gesittverwaltung ist ebenfalls Besluß gefaßt worden. Die Einnahmen betragen: I. Hauptgesitüte und Trainanstalt 89,126 Rtl., II. Landgesitüte 59,901 Rtl., III. Gesitt-Wirtschaften 94,824 Rtl. Die Kommission stellt den Antrag auf Anerkennung der Richtigkeit dieser Summen. Die Ausgaben sind berechnet: I. für die Hauptgesitüte u. Trainanstalt mit 142,000 Rtl., II. für die Landgesitüte mit 165,208 Rtl., III. für die Gesitt-Wirtschaften mit 75,632 Rtl., IV. für die Centralverwaltung mit 41,726 Rtl. Die Kommission trägt darauf an, die Ausgaben zu bewilligen, jedoch in Betreff der Ausgaben für die Centralverwaltung die Erwartung auszusprechen, daß der Betrag im nächsten Jahre hier abgesetzt und auf den betreffenden Etat übertragen werde.

[Zur Tages-Chronik] Die „Wehr-Zeitung“ kann eine kürzlich von ihr gegebene Nachricht über die bevorstehende Mehr-Aushebung von Ersatzmannschaften, und zwar für das Bataillon 50 Mann, zum Behufe der Wiedereröffnung der dreijährigen Dienstzeit, inssofern bestätigen, als der Minister des Innern bereits unter dem 20. vorigen Monats an die Ober-Präsidenten eine Verfügung erlassen hat, den diesjährigen Mehrbedarf von im Ganzen 5300 Mann auf die 325 Kreise der Monarchie zu verteilen.

Für die Remonte der Armee sind jährlich etwa 310,800 Thlr. zum Aufbau angewiesen. Der Durchschnittspreis eines Pferdes ist auf 95 Thlr. 24 Sgr. 2 Pf. festgestellt.

Die Abreise Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen scheint sich noch weiter zu verschieben.

Im Allgemeinen hat die hiesige General-Intendanz dem in jüngst verhöllener Zeit so über Hand genommenen Auftreten von Mitgliedern der königl. Bühne auf andern Bühnen unserer Stadt kräftig gesteuert und versagt fast allen derartigen Gesuchen ihre Genehmigung.

Es ist mehrfach erwähnt worden, daß für den Oktober d. J. in Frankfurt a. M. eine General-Konferenz des deutsch-österreichischen Postvereins zu erwarten sei. Wir hören, daß darüber durchaus noch nichts Bestimmtes vorliegt.

Köln, 5. März. Bei den hessischen Behörden wird gegenwärtig über die Ausweisung eines Franzosen verhandelt. Es besteht nämlich eine Verordnung, wonach keinem Franzosen in den rheinischen Festungen ein längerer Aufenthalt gestattet werden soll. Diese Verordnung soll jetzt gegen einen mit übrigens untadelhaften Ausweisen versehenen jungen Mann aus Boulogne sur mer, der hier ein geschäftliches Engagement eingegangen ist, in Anwendung gebracht werden. Ob dies wirklich geschieht, wird von dem Ergebniß der bei der Königl. Regierung angebrachten Reklamation abhängen.

V. Aus dem Großherzogthum Posen., 8. März. [Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. — Chausseebau.] Wegen Mangel an hilmäßigem Erwerb wird hier selbst die öffentliche Sicherheit immer mehr bedroht. In der Gegend von Posen haben sich förmliche Diebes- und Räuberbanden organisiert. Aus dieser Veranlassung durchreiten demnach Kavallerie-Patrouillen die nach der Stadt führenden Straßen, um die Reisenden zu schützen. Aus der Provinz vernimmt man gleichfalls von vorgekommenen Diebstählen und Unfällen. — Die Stände des Kreises Schroda haben beschlossen, den Bau einer Chaussee von Schroda nach Kostzyn auf Kreiskosten in Ausführung zu bringen, wenn die Staatsprämie, weshalb die nöthigen Schritte bereits gethan sind, hierzu gewährt wird.

Deutschland

Berlin, 8. März. [Die deutsche Flotte.] Wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, hat der Bundestag am vergangenen Sonnabend (6.) mit großer Majorität einen Beschuß gefaßt, nach welchem die beiden Schiffe der deutschen Flotte, die Dampffregatte Barbarossa und die Segelfregatte Eckernförde (Gefion), an Preußen gegen 160,000 Gulden mit dem Recht der Wiedereinlösung bis zum 31. März verpfändet werden. Wenn bis zum 1. April nicht eine Einigung zu Stande kommt, welche den Fortbestand der Flotte sichert, so fällt dieselbe einer Theilung unter den Berechtigten anheim, jene beiden Schiffe aber an Preußen. Um eine solche Einigung herzuführen, hat Hannover eine Konferenz auf den 20. d. M. nach Hannover ausgeschrieben, wie es scheint, nur an die Nordsee-Staaten — Preußen und Österreich wenigstens sind nicht eingeladen worden. (M. Pr. 3.)

Der L. B. zufolge hat der Bundestag in der Sitzung vom 16. Februar in Betreff der Nordsee-Klötze folgenden Beschluss gefasst:

„I. a) daß die gegenwärtig in der Nordsee vorhandene Flotte als Eigenthum, aber b) nicht als organische Einrichtung des Bundes zu achten und sonach c) der Bund jedenfalls berechtigt sei, durch Mehrheitsbeschluß über die Flotte zu verfügen. II. Da die Bedingung, unter welcher die Bundesversammlung nach Nr. 2 des Beschlusses vom 24. Januar den dort erwähnten Verein als zu Stande gekommen oder in sicherer Aussicht stehend ansehen wollte, nicht eingetreten ist, die königl. preußische Regierung aber allein sich bereit erklärt hat, Schiffe der Nordseeflotte, und zwar die Fregatte „Eckernförde“ und die Dampf-Fregatte „Barbarossa“ käuflich zu übernehmen, auch eventuell, um die Bildung des Flottenvereines, dem sie selbst beizutreten sich geneigt erklärt, zu ermöglichen, das Kaufsanerben in der Art modifizirt hat, daß dieses Rechtsgeschäft nicht sofort in volle Wirklichkeit zu treten habe, — die Institutionen der hohen und höchsten Regierungen binnen 14 Tagen über folgende, vorläufig verabredete fünf Punkte einzuhören: 1) der königl. preußischen Regierung werden die Schiffe „Eckernförde“ und „Barbarossa“ zu dem von der technischen Marine-Kommission angenommenen Werthe von 262,000 Fl. für die „Eckernförde“ und 451,200 Fl. für den „Barbarossa“ käuflich überlassen; 2) die königl. preußische Regierung zahlt auf den Kaufpreis sofort den Betrag von 160,000 Fl. oder 100,000 Thlr.; 3) die bezeichneten Schiffe werden der königl. preußischen Regierung hiermit longa manu übergeben; sie verbleiben jedoch bis zum nachstehend bezeichneten Zeitpunkte unter Verwaltung und Kommando des Bundes, der so lange auch die betreffenden Kosten trägt; 4) sofern bis zum 31. März d. J. der Verein behüft Bildung einer Nordsee-Flotte die bestehende Flotte in eine, auf seine alleinigen Kosten zu führende Selbstverwaltung nimmt und die obigen 160,000 Fl. oder 100,000 Thlr. erstattet, erlischt der vorstehende Kauf; im entgegengesetzten Falle gehen die Schiffe in den Naturalbesitz Preußens über; 5) insofern der zweite Fall des § 4 eintritt, wird der nach Absatz der im § 2 gedachten 160,000 Fl. oder 100,000 Thlr. bleibende Rest des Kaufpreises auf das Gut-

haben Preußens hinsichtlich der Flotte, mit Vorbehalt der Liquidation, berechnet. III. Für den Fall, daß der Verein am 31. März d. J. nicht in der unter II. 4 bezeichneten Weise zu Stande gekommen sein würde, wird zum Verkauf der von Preußen nicht zu übernehmenden Schiffe geschritten. Zugleich wird schon jetzt der Verkauf solcher Schiffe, welche nach Urtheil der Marine-Abtheilung sich zur Beibehaltung nicht empfehlen, beschlossen, und zu diesem Behufe die Marine-Abtheilung beauftragt, diese Schiffe sofort nambast zu machen, sodann deren Verkauf einzuleiten und unter Vorbehalt der Genehmigung der Bundesversammlung abzuschließen. IV. Der Marine-Ausschuß wird beauftragt, zur Vorbereitung der eventuellen Auflösung der Flotte solche Maßregeln, welche unbedacht der Bildung des Vereins schon jetzt vorgenommen werden können, einzuleiten und wegen der sonstigen zur definitiven Auflösung erforderlichen Maßregeln geeignete Vorschläge zu machen." — Nach Fassung dieses Beschlusses gab Hannover, welches die Ansicht vertritt, daß die Nordsee-Flotte sowohl Eigenthum, als auch eine organische Einrichtung des deutschen Bundes sei, seine wiederholte Verwahrung gegen die vorgeschlagenen Maßregeln zu Protokoll."

München. 6. März. In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten antwortete der Ministerpräsident auf die neuliche Anfrage des Abg. Neuffer wegen der Donauzölle, daß man mit Österreich längst in Unterhandlung schwelt und nur noch einige unwesentliche Punkte anhängig sind, über welche dem bairischen Gesandten in Wien erst in den letzten Tagen Instruktionen zugemittelt wurden, so daß man in allernächster Zeit die Ratifikation des die Aufhebung der Donauzölle betreffenden Vertrags erwarten darf.

In Augsburg ist der Verein von Protestanten zur Wahrung protestantischer Interessen, sowie der Verein von Katholiken zur Einführung der barmherzigen Schwestern im dässigen Krankenhouse durch Entschließung der königlichen Regierung von Schwaben und Neuburg aufgehoben worden.

Stuttgart, 3. März. Aus guter Quelle wird in Bezug auf die Zollvereinsfrage gemeldet, daß Baiern neuerdings bedeutend umgestimmt ist, da es einseht, daß es von Österreich wohl nur Papier zu erwarten habe, während es von Berlin blanke Thaler bekommt, was bei jehiger Finanzlage wichtig ist. Auch Württemberg wird und kann sich nicht ausschließen, da es, ganz abgesehen von allem Andern, durch seine Lage gebunden ist. — Heute wurde vier weitern Mitgliedern des Arbeitervereins das Ausweisungserkenntniß eröffnet. — Der amerikanische Methodistenmissionar Link (früher Handlungsreisender), der hier religiöse Vorträge hiebt, die ihm untersagt wurden, ist gleichfalls ausgewiesen; nur ist der ihm Anfangs von der königlichen Stadtdirektion gestellte gewesene kurze Termin verlängert worden.

Karlsruhe, 4. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde das Budget der Badanstalten berathen. Die Kommission spricht sich dabei aus, daß ein einseitiges Vorgehen der Regierung in Aufhebung der Spielbank nur Machtheile für Baden-Baden bringen würde, ohne daß dem Spiel Abbruch gethan werde. Nur eine allgemeine Maßregel der Centralgewalt des Bundes könnte maßgebend sein. Die Regierung werde bei Abschließung eines neuen Vertrags Sorge tragen, daß sie, wenn ein solcher Fall eintrete, den Vertrag ohne Opfer aufheben könne. (Const. 3.)

Darmstadt, 4. März. Unsere zweite Kammer hat in der elften Stunde ihre Sitzungen noch einmal auf acht Tage suspendirt. Die gestrige Sitzung brachte eine wiederholte eindringliche Interpellation des Abg. Kraft aus Gießen in Betreff der katholisch-theologischen Fakultät in Gießen und des Verhaltens des römischen Bischofs v. Ketteler in Mainz. Der Interpellant unterwirft das Anstinen der oberhessischen Kirchenprovinz einer scharfen, aber würdig und wissenschaftlich gehaltenen Kritik. Er kommt sodann auf den Hirtenbrief, welchen der Bischof v. Ketteler zu Anfang der diesjährigen Fastenzeit erlassen hat, und ruht in dieser Beziehung ganz besonders, daß darin die früheren Schmähungen gegen andere gleichberechtigte Religionsgenossenschaften fortgesetzt und die Beschlüsse der zweiten Kammer in Betreff des vorjährigen Hirtenbriefs gleichsam verhöhnt würden. Im Ferneren wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Bischof v. Ketteler, gegen dessen Erhebung zu dieser Würde mehrfache Ausstellungen zu machen seien, in Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Bischöfen sich herausnehme, angebliche Rechte vom Staate zu verlangen, welche die neueren Gesetzgebungen der katholischen Kirche entzogen hätten, und welche der letzteren nach göttlichem und historischen Recht zuständen. Indem der Interpellant zuletzt hervorhebt, wie die in besagtem Hirtenbrief enthaltenen Theorien zu den gefährlichsten Erscheinungen im Staate führen, zumal in Betracht, in welcher Weise sie durch die eigenmächtige Gründung einer katholisch-theologischen Lehranstalt in Mainz praktisch zu machen gesucht würden, richtet er u. a. folgende Fragen an das Staatsministerium: 1) ob der römisch-katholische Landesbischof v. Ketteler den im Art. 108 der Verfassungsurkunde für jeden Staatsbürger vorgeschriebenen Eid auf Gehorsam dem Gesetz und Beobachtung der Staatsverfassung geschworen habe? 2) Was die Staatsregierung auf die in dem Hirtenbrief vom 4. Februar enthaltenen Kundgebungen zu thun gedenke; 3) ob sie entschlossen sei, ohne Zustimmung der Stände keines der kirchlichen Majestätsrechte des Staats, in dessen Ausübung sie sich befände, aufzugeben oder zu beschränken? (Frankf. 3.)

**** Kassel,** 7. März. [Freisprechung des General-Auditoriat.] Wahlen zum Bürger-Ausschuß. — Vermischtes.] Die Mitglieder des ehemaligen General-Auditoriat, Generalmajor v. Urff a. D., geheimer Justizrat Eichenberg, Obergerichtsrath Rohde und General-Stadtsprokurator Möli, welche ebenwohl wegen Nichtbefolgung der September-Verordnungen vor das Kriegsgericht gestellt wurden, sind von demselben freigesprochen worden. Ein Fall der Art ist schon vorgekommen, als die Mitglieder der Hauptstaats-Kassen-Direktion, deren Chef der geheime Rath Schotten Exellenz ist, freigesprochen wurden. Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht war voraussichtlich auf zwei Tage angesezt, indem man annahm, daß die umfangreichen Untersuchungsakten diese Zeit in Anspruch nehmen würden, allein die Sitzung dauerte kaum so viele Stunden und die Sache war geschlichtet. — Alle Soldaten und Unteroffiziere, welche von hier gebürtig sind und hier in Garnisonen lagen, sind in auswärtige Regimenter versetzt worden. Dies Verfahren ist eine Folge der gelungenen Flucht des Dr. Kellner mit Hilfe eines Leibgardisten, Zinn, welcher von hier gebürtig ist. Die Untersuchung über diese Flucht ist noch immer im vollen Gange, da man durchaus die Helfershelfer ermitteln will. Das Denunziantenwesen findet hier auf diesem Felde reiche Ausbeute und gibt dem Kriegsgerichte vielen Stoff zu Verhandlungen. Man hat nunmehr auch einen Steckbrief gegen den Schwager des Kellner, Hess, erlassen, welcher diese Flucht begünstigt haben soll. — Schwarzenberg, Henkel und Grafe befinden sich noch im Kastell. Das ärztliche Gutachten über den Gesundheitszustand des ersten hat das General-Auditoriat dem Ober-Medizinal-Collegium zur Begutachtung zugeschickt. Es ist demnach vorläufig noch gar nicht zu erwarten, daß Schwarzenberg entlassen wird. — Im Augenblick ist viel Regsamkeit unter den

hiesigen Bürgern, da morgen die Wahl des Bürger-Ausschusses beginnt. Von allen Seiten werden Kandidatenlisten aufgestellt und verbreitet. Daß dies auch von Seiten der jetzt herrschenden Partei geschehen würde, war mit Gewissheit vorauszusehen, daß man aber gar diese Liste im offiziellen Wochenblatt veröffentlichen würde, kam ganz unerwartet, da dies Organ für all dergleichen Angelegenheiten, die an das Gebiet der Politik streifen, gänzlich unzugänglich ist und bei jeder Gelegenheit die Redaktion desselben sich auf einen Regierungsbeschuß stützt, wonach ihr dies für allemal untersagt sei. Selbst in den bewegten Jahren 1848 und 49 beobachtete das Wochenblatt seine Neutralität, die nunmehr gebrochen ist. Man sieht hieraus, daß Alles aufgeboten wird, um die Herrschaft zu behaupten, nur müssen wir noch hinzufügen, daß selbst diese Liste, welche die mystisch-absolutistische Partei vertreten soll, nicht ganz aus der Mitte der Anhänger hat ausgefüllt werden können. Es befinden sich unter den aufgestellten (48) Kandidaten viele zweifelhafte und 5 Personen, welche entschieden der ehemaligen konstitutionellen Partei angehörten. — Das Urtheil des Kriegsgerichts zu Hanau, welches den Landwehrmann v. Lößberg wegen Beteiligung bei dem badischen Aufstand zu lebenslänglicher Eisenstrafe verurtheilte, ist vom General-Auditoriat dahin geändert, daß die Verhandlung vor das hiesige Kriegsgericht verwiesen worden ist, indem das Erkenntniß zu milde ausfallen und jedenfalls die Todesstrafe hätte erkannt werden müssen; die angezogenen Milderungsgründe aber nur im Wege der Gnade berücksichtigt werden könnten.

Hannover, 8. März. [Die Einladung zu der berliner Zollkonferenz] ist hier eingetroffen; sie soll am 14. April eröffnet werden. Das Schreiben der preuß. Regierung weist auf die Vergrößerung hin, die der Zollverein durch den Beitritt unseres Landes, Oldenburg und Schaumburg-Lippe's zu dem September-Vertrage erfahren, falls das Werk seiner Wiederherstellung gelinge. Dies könne und werde nur auf seinen alten Grundlagen stattfinden, so daß alle Bestimmungen als weiter seltend zu betrachten sein werden, deren Modifikation nicht beschlossen wird. Die Vorlagen von preußischer Seite sind in einer das Schreiben begleitenden Denkschrift mitgetheilt und betreffen die Änderungen der vereinsländischen Gesetzgebung, die durch den Vertrag vom 7. September notwendig werden; ferner die Bestimmungen über die Fassung von Beschlüssen, die Vereins-Konsulate und die Getreide-Einfuhr im Falle einer Theuerung. Die Bezeichnung der Bevollmächtigten und die Mittheilung von Vorlagen für die Konferenz von Seiten der Mitglieder des Vereins wird erbeten, die Anbahnung eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages als wünschenswerth dargestellt, nachdem der Zollverein auf seiner alten Basis erneuert ist. Dies soll für 12 Jahre geschehen mit einer Kündigung vor Ablauf der zwei letzten Jahre. Kommt inzwischen eine allgemeine Zolleinigung zu Stande, so erlischt der Vertrag von selbst. In Bezug des preußisch-hannov. Vertrages wird daran erinnert, daß seine Separat-Bestimmungen durch die Genehmigung unserer Stände und den erfolgten Eisenbahn-Vertrag erledigt sind. Wie wir zuverlässig erfahren, hat das preuß. Gouvernement auch das österreichische von dem Einladungs-Akte in Kenntniß gesetzt und durch seinen Gesandten in Wien gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen, einen Handelsvertrag mit Österreich einzugehen, nachdem der Fortbestand des Zollvereins gesichert sei.

Lübeck, 4. März. Der hier heute abgehaltene Pferdemarkt war sehr belebt und die Preise durchgehends höher als sonst. Es waren circa 400 Pferde angebracht, wovon für auswärtige (französische?) Rechnung eine Schnur von ungefähr 70 Pferden zu 80—90 Thlr. angekauft wurden. (Lüb. 3.)

Ö sterreich.

O. C. Wien, 8. März. [Anweisung der Grundentlastungs-Kommission] Das Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium der Justiz, dann für Landeskultur und Bergwesen den Grundentlastungs-Kommissionen bedeutet, daß durch die Gesetze über die Entlastung von Grund und Boden die Fischereirechte nicht aufgehoben worden seien, und demnach im Statusquo des Jahres 1847 zu verbleiben haben, daß somit in eine Ablösung derselben nicht eingegangen werden könne. Wo übrigens Verhältnisse zwischen den bisherigen Eigenthümern und den Nutzniefern der Fischerei obwalten, welche unter das Gesetz vom 7. Sept. 1848 fallen, haben die Grundentlastungsorgane mit Anwendung der bestehenden Vorschriften, vorbehaltlich einer etwaigen Regulirung der Fischereirechte, amtlich zu handeln. In Folge dieser Anordnung sind nunmehr alle jene Belastungen der Fischereien in die Verhandlung zu ziehen, welche nach den Bestimmungen des allerhöchsten Patents vom 4. März 1849 entweder zu den zu entschädigenden oder den unabkömmligen Leistungen gehören, welche somit entweder auf einem unterthänigen Verhältnisse beruhen oder auf einem emphiteutischen oder anderen Vertrage über die Theilung des Eigenthums oder endlich auf einer geistlichen Stiftung beruhen.

Italien.

Nom, 26. Februar. [Das angebliche Komplott.] Nachdem der Fasching verschlafen, haben nächterne Betrachtungen ihr Recht behauptet. Es hat sich nach und nach ergeben, daß es mit dem berüchtigten Komplott des Karnevalsonnabend fast ganz dieselbe Bedeutung hat, die es mit der noch berüchtigteren sogenannten Verschwörung vom Sommer 1847 hatte. Gegenwärtig scheint es, die niedere Polizei habe nichts besseres auszinnen können, um sich im Ansehen zu erhalten, als ein Komplott, dessen Theilnehmer durch Handgranaten Tod und Verderben unter die harmlose Menge des Corso schleudern sollten, um in der Verwirrung die aussersehnen Opfer desto sicherer erdolchen zu können. Das einzig wahre an der schrecklichen Geschichte ist, daß bei einem gewissen Jacopini 16 sogenannte Kanonenenschläge, ein jeder zu 7 Unzen Pulver, die in Papier stark eingewickelt, mit Bindfaden umbunden, und jeder mit einer Lunte versehen waren, vorgefunden worden sind. Sie waren ohne allen Zweck dazu bestimmt, den Anbruch des Jahrestages der Republik mit verherrlichen Geschüsse zu verwenden. Die vorgefundenen Waffenvorräthe reduzieren sich auf drei Dolche. Kein Wunder daher, daß die vor acht Tagen verhafteten Personen, beiläufig dreißig bis vierzig, alle, bis auf 6, wieder in Freiheit gesetzt wurden. Den Zurückbehaltenen dürfte es aber kaum exträglich ergehen, da jedenfalls das Gesetz wegen unerlaubten Waffen- und Pulverbesitzes gegen sie in Anwendung kommen wird. (A. 3.)

> Turin, 4. März. [Thronrede.] In der heute zur Eröffnung der neuen Parlaments-Session gehaltenen Thronrede wird der Abschluß neuer oder doch erweiterter Handelsverträge mit Frankreich und Schweden in Aussicht gestellt. Die Bahn der Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 70 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 10. März 1852.

(Fortsetzung.)
Reformen sei auch fernerhin zu verfolgen, doch sollen diese nicht die Kraft der Regierung schwächen; „die Zukunft werde den Völkern die Richtschnur ihres Benehmens vorzeichen“. Auf das schon so lange in Aussicht gestellte Civilehegesetz wird bei diesem Anlaß vorübergehend angespielt. Von den Unterhandlungen mit Rom wird immer noch günstiger Erfolg erwartet, an dem Verfassungsprinzipie festhalten zu wollen, wird zugesagt, und das Verhältniß Piemonts zu den auswärtigen Staaten als befriedigend dargestellt.

Frankreich.

Paris, 6. März. [Tagesbericht.] Der neue Legislativ-Körper wird, wie die halböffentlichen Blätter melden, nicht den 20., sondern erst den 29. einberufen werden. Von den 261 Mitgliedern, aus welchen derselbe zusammengesetzt werden soll, kennt man jetzt 255, darunter 5 Oppositions-Kandidaten.

Von diesen sind die Herren Berdrel, Civeac und Bouvier le d'Ecluse — Legitimisten; Cavaignac — Republikaner und Henon — Sozialist. Der letztere soll übrigens nicht einmal die gesetzlich erforderliche Anzahl von Stimmen erhalten haben.

Indes, ob vier oder sechs Opponenten in der chambre nulle sitzen werden, ist eine ziemlich gleichgültige Sache; die immense Macht der gegenwärtigen Regierung wird dadurch nicht im Mindesten berührt. Jedenfalls wird die Regierung, wenn sie nicht alles das Gute leistet, was sie zu leisten versprochen hat, der Ausrede entbehren, daß ihr Hindernisse in den Weg gelegt worden seien. Die gegenwärtige Exekutivgewalt ist die vollständigste Realisation einer persönlichen Regierung, die es geben kann.

Frankreich wird sich also um eine neue Erfahrung bereichern. Übrigens bestätigt sich die jüngste Behauptung, daß Herr v. Morny den Legislativ-Körper nicht präsidieren würde, durchaus. Dagegen verlieren sich die umlaufenden Geschichten in Betreff einer Kabinetsmodifikation; doch waren sie nicht ohne Grund. Wenn übrigens der „Constitutionnel“ auch das Lügen strafft, daß es im Werke gewesen sei, das Ministerium des öffentlichen Unterrichts zu beseitigen, so müssen wir dagegen behaupten, daß das Projekt bereits auf dem Punkte stand, realisiert zu werden. Auch kündigen die gouvernementalen Blätter das bevorstehende Erscheinen des Unterrichtsgesetzes an.

In den letzten zwei Tagen sprach man viel von einem unerklärlichen Verschwinden des Herrn v. Persigny und räunte sich ins Ohr, daß er mit einer außerordentlichen Mission bekleidet nach Preußen oder, wie andere behaupteten, nach der Schweiz abgegangen wäre. Indes scheint es nicht einmal gewiß zu sein, daß er Paris überhaupt verlassen habe.

* Der pariser Correspondent der Times schreibt vom 5.: Ich höre aus sonst wohl unterrichteter Quelle, daß das gute Einverständniß der österreichischen und französischen Regierung in Bezug auf ein gemeinsames Handeln in der schweizer Frage in den letzten beiden Tagen einen Stoß erhalten hat. Die Veranlassung zu dieser Störung soll von französischer Seite kommen und bezieht sich namentlich auf die proponierte „Blokkade“ der Schweiz. Diese sogenannte Reculade ist nicht angenehm für Österreich. Ich begnüge mich vor der Hand, dieses Faktum einfach erwähnt zu haben.

Großbritannien.

London, 6. März. [Cobden.] — Die Freihandels-Agitation. — Bei dem Meeting in Leeds erzählte Cobden: „Im Februar 1848, Abends um 7 Uhr, saß ich im Unterhause, als die Nachricht von der Flucht Louis Philipp's ankam. Sie wirkte so überwältigend, daß sie beinahe die Verhandlungen suspendierte. Im Nu waren wir alle im Gespräch über die wahrscheinlichen Folgen des großen Ereignisses. Ich saß neben Mr. Hume, welcher aufstand und auf die andere Seite des Hauses hinübergang, wo er Sir Robert Peel die eben eingetroffene Kunde ins Ohr flüsterte. Das kommt davon, sagte Sir Robert, wenn man mit einer numerischen Majorität im Parlament regieren will und die öffentliche Meinung außerhalb des Parlaments gar nicht beachtet! Dabei deutete er auf die Protektionistenbänke hinter ihm und fügte hinzu: Das gerade ist's, was die dort hinter uns wollten, das ich thun sollte, aber ich wollte nicht.“

Der „Standard“ citirt diese Cobdensche Anekdote als Beweis, daß Peel gerade so schwach war, wie Louis Philipp, und daß Cobden, welcher dem Pöbel (robble) solche Geschichten zum Besten giebt, ein halber Hochverräther ist, den man sehr unziemlicher Weise dem Prinzen Albert (in der Ausstellungszeit) vorgestellt hat!

Die ins Leben zurückgerufene alte Anti-Korngezetz-Liga bekömmt, wie „Daily News“ entdeckt, Zustimmungs- und Glückwünschungsschreiben von alten und neuen Freunden. Der Fonds wächst rasch. Seit dem letzten Berichte haben Friedr. Steiner von Church, James Dighton und Son von Hyde, jeder 1000 Pfld., mehrere andere zu 500, 300, 250 und 200 Pfld. gezeichnet. Die Subskription betrug gestern schon an 36,000 Pfld.

Das Freihändler-Meeting in Leeds, vorgestern Abend, war so gedrängt voll, daß Tausende am Eingange des Circus umsonst warteten, einen Platz zu bekommen. Sir G. Goodman, der erst vor wenigen Tagen von der Königin in den Ritterstand erhobene Mayor der Stadt, präßdirte; Cobden war wieder der Hauptredner und der enthusiastische Beifall, mit dem er hier, wie wenige Tage früher in Manchester, empfangen wurde, erinnert nur zu lebhaft an die stürmischen Versammlungen der Liga vor 1846. Seine Rede verfolgte beinahe denselben logischen — oder wie seine Gegner sagen, unlogischen — Gedankengang, wie in seinem letzten speech von Manchester. Sie bemühte sich vor Allem darzuthun, daß die gegenwärtigen Häupter der Regierung zu sehr auf ihre protektionistischen Prinzipien veressen seien, als daß man ihre Böezungspolitik unterstützen, ihren friedlichen Versicherungen in Bezug auf die einstweilige Unantastbarkeit des Freihandels trauen dürfe. Er schildert die Segnungen des Landes seit der Abschaffung der Kornzölle, citirt Rossuths Worte: „der Instinkt von Millionen sei weiser als die Weisheit des Weisensten“, schildert die Gefahren, die daraus entstehen würden, wenn man dem Tory-Kabinett erst Zeit ließe, seine Macht fest zu gründen und seine Politik allmälig zu entfalten, und dringt darauf, daß man auf seine schnelle und entschiedene Niederlage hinwirke. Zu diesem Zwecke resolvirt das Meeting einstimmig:

a) daß die Liga gegen ein Kabinet agitiren müsse, welches offenbar dahin arbeitet, einen Zoll auf Getreide einzuführen; b) daß das Komitee der Liga wieder in seine frühere Wirksamkeit trete; c) daß ein Memorale an die Königin gerichtet werde, worin das Misstrauen der Majorität des Volkes gegen die neue Regierung ausgedrückt, die Gefahren, die dem Lande durch dessen Politik erwachsen müssen, geschildert werden und schließlich die Königin gebeten wird, das Parlament schleunigst aufzulösen.

Bankausweis. Circulirende Noten: 20,523,470 Pfld., somit ein Zuwachs von 336,050 Pfld.; Baarvorrath: 19,238,924 Pfld., somit ein Zuwachs von 290,894 Pfld.

Niedersachsen.

† Von der polnischen Grenze, 7. März. [Dreiecks-Messungen.] Die sowohl im preußischen als russischen Interesse für nothwendig erkannte Verbindung der beiderseitigen Dreiecks-Messungen hat königlich preußischer und kaiserlich russischer Seite eine Konvention, d. d. Warschau den 28. Mai (9. Juni) 1850 zur Folge gehabt, auf Grund deren in diesem Jahre vom 1. Mai ab die vereinbarten Messungsarbeiten bei dem Verbindungspunkte Grodzic im Königreich Polen zur Ausführung kommen sollen. Die Winkel an diesem Punkte werden sowohl von russischen als preußischen Offizieren gemessen werden. Zu diesem Zwecke müssen die dazu kommandirten Offiziere mit den ihnen beigegebenen Soldaten und Bedienten, so wie mit ihren geodätischen Instrumenten die Landesgrenze an verschiedenen Punkten öfters passiren. Diese Überschreitungen der Grenze werden an folgenden polnischen und den ihnen gegenüberliegenden preußischen Grenzpunkten stattfinden: bei Herby, Cerekopy, Lesnaki, Polasna, Kozielgawy, Wylianka, Dombrowa, Kociol, Niezelara, Bychcice, Wolanow und Czeladz. Die Grenz-Zoll- und Steuerbeamten, Zollämter und Ortsbehörden in den den genannten polnischen Ortschaften gegenüber liegenden preußischen Grenzpunkten sind durch eine Orde angewiesen, die kaiserlich russischen Offiziere mit Soldaten und Bedienung und der mit sich führenden geodätischen Instrumenten her und zurück über die Grenze ohne Aufenthalt passiren zu lassen, auch denselben und ihrer Begleitung, wenn es verlangt wird, auf Grund der ihnen von den hohen Ministerien des Innern und der Finanzen ertheilten offenen Ordre, Quartier zu geben, ihnen zur Förderung der Vereinigungsarbeiten alle gesetzliche Hülfe zu leisten und insbesondere für ortsbüliche Zahlung Vorspannpferde für die Fahrten an der Grenze und für den Transport der geodätischen Instrumente zu beschaffen.

Afrika.

* [Ueberlandpost.] **Bombay**, 3. Februar und **Kalkutta**, 24. Januar. Den Ausbruch des zweiten burmesischen Krieges in Mangan und die Veranlassung dazu hat bereits die erste telegraphische Depesche erschöpfend detailliert. Wir haben nur zuzufügen, daß Commodore Lambert, nachdem er die Flusshäfen von Burma in Blockade stand erklärt hatte, nach Kalkutta reiste, um weitere Verhaltungsbefehle einzuholen. Recht kann der Feldzug erst im Oktober beginnen, bis wohin eine Verstärkung der Dampfsflotte aus England ankommen dürfte.

Die zur Konzentrierung gegen Boree, in Scinde, beorderten Truppen sind auf dem Marsch. Man glaubt jedoch, daß sie nach halb zurückgelegtem Marsch zurückkehren werden, denn Ali Mourad täuscht sich nicht über seine Schwäche und wird ohne Schwertstreich in allen Punkten nachgeben.

Das Pendjab scheint ruhig; wenigstens wurde in den letzten 14 Tagen kein entscheidender Schlag geführt. Einige Offiziere, die vom Fort Dubb aus eine Jagdpartie unternahmen, wurden von einer Bande von Nomaden aus einem Hinterhalt meuchlerisch angefallen; ein Lieutenant, Boulnois mit Namen, fiel von einer Kugel getroffen, die andern entkamen. Oberst Mackeson, der neue Kommissär in Peshawur, soll in seinen Unterhandlungen mit diesen wilden Stämmen so glücklich gewesen sein, einen Vertrag mit ihnen zu schließen, der die Engländer vor künftigen „Belästigungen“ der Art bewahren wird, d. h. wenn die Wilden Wort halten.

Den General-Gouverneur erwartet man am 6. in Kalkutta. Er weigerte sich auf seiner Rundreise Lucknow zu berühren oder den König von Oude zu sehen. Dagegen pslog er mit dem Residenten, Oberst Sleeman, eine lange Besprechung, ein Umstand, der den Hof von Oude, welcher kein gutes Gewissen hat, mit lebhafter Besorgniß erfüllte.

Die Bombay-Regierung temporisiert und mystifiziert in Bezug auf die Baroda-Angelegenheiten das Publikum, welches seinerseits der Regierung mehr Schwindelei in die Schuhe schiebt, als vielleicht in Wirklichkeit vorfällt. — Gewiß ist, daß es mit dem britischen Ruf auf der westlichen Halbinsel nie so schlecht stand, als in dem gegenwärtigen Augenblick. — Handel flau, Frachten niedrig, die Zustände im Allgemeinen, trotz des Friedens, höchst unbefriedigend; — von allen Seiten hört man die Sehnsucht aussprechen, daß der Freibrief der Compagnie bald erlöschene möge, um nicht wieder erneuert zu werden.

Aus Hyderabad schreibt man: Der Nizam hat einen großen ungeschliffenen Diamanten, der sieben Tohlsars wiegt, zur theilweisen Abzahlung seiner Schuld an die Compagnie hergegeben. Man hofft, die Compagnie wird ihn annehmen. Er wiegt, in runder Zahl, 400 Karat, und ist der größte nach dem brasilianischen Diamanten. Der Koh-i-noor soll nur 300 wiegen. Er wird sich nicht zu einem vollen Brillanten schneiden lassen und daher nur ein Biertheil bei der Operation verlieren; wenn er demnach der zweitgrößte, oder nur der dritt- oder viertgrößte ist, den es gibt, so könnte der Nizam, der an solchen Kleinodien mit aller Leidenschaft eines Orientalen hängt, kaum ein schwereres Opfer bringen. Hoffentlich wird die Regierung diesen Umstand berücksichtigen und den Edelstein zu seinem vollen Werth nach Juwelier-Abschätzung annehmen, und ihn nicht nach dem gesunkenen Preis solcher Ware auf modernen Märkten berechnen. In früheren Tagen hätte ein solcher Schatz, wenn auch nicht erobert, sondern erhandelt, Lord Dalhousie's Ruhm erhöht, und es fragt sich, ob nicht selbst heute, im Zeitalter der Wissenschaft, der Künste und Manufakturen, der Besitz zwei so großer Diamanten, wie der Koh-i-noor und der Nizam-Diamant, Russlands Neid gegen uns erregen wird. (?) Dem Nizam muß der Abschied von diesem Edelstein bittere Momente verursacht haben; er hätte sich von dem Kleinod gewiß nicht getrennt, wenn es wahr wäre, daß er 40 oder 50 Lacs baares Geld in seiner Privatchatouille liegen hat, wie Manche behauptet haben. Das Opfer als Liquidirung der ganzen Schuld anzunehmen, wäre nicht mehr als billig und die anstän-

digste Manier, eine Frage zu lösen, in der sich die Regierung in mancher Beziehung hart benehmen mußte.

Der Friend of India bringt eine lebhafte Schilderung der Affaire in Rangoon, die den zweiten burmischen Krieg eröffnet hat, und bemüht sich zu zeigen, daß England nicht der angreifende Theil ist. Als Lord Hardinge im Oktober 1845 nach dem Nordwesten ging, erklärte er mehrmals mit feierlichem Nachdruck, daß er keinen Krieg mit den Sikhs wolle. Nach 4 Monaten hatte er 4 blutige Schlachten geliefert, und als man ihm seine Erklärung ins Gedächtnis rief, entgegnete er: Ich wollte auch in der That keinen Krieg mit den Sikhs; sie haben ihn gewollt. Dasselbe kann Lord Dalhousie, dasselbe muß jeder sagen, der Indien regiert. Krieg oder Frieden liegt nicht in seiner Hand. Während der König von Ava Frieden und Freundschaft gelobte, rüstete er schon mit Macht zum Kriege. Lord Dalhousie's versöhnlichen Brief schleuderte er zur Erde und befahl, die „barbarischen“ Schiffe aus dem Flus zu jagen. Seine goldförmige Majestät soll ein gräulicher Tyrann sein. Von seiner rechtmäßigen Gemahlin, der Königin, lebt er seit lange getrennt; eine Schaar gemeiner Hebsweiber beherrscht ihn. Während des letzten Jahres brachen 2 Revolutionen in Ava aus, in denen 5000 Menschen, unter den schrecklichsten Foltern, hingerichtet wurden. Der neue Gouverneur in Rangoon hatte die perfidesten Instruktionen; einen Tag lang verläugnete er sich vor den Deputationen des Kommandanten; bald schlief er, bald war er nicht im Palast. Die Engländer erfuhren aber, daß er Batterien errichtete und forderten alle Europäer auf, die Stadt zu verlassen. Eine bunte Schaar Muselmänner, Portugiesen, Armenier und Engländer flüchteten mit Koffern, Schachteln und Bettlen ans Flußufer und fanden auf den englischen Schiffen Aufnahme. Der amerikanische Missionär, Mr. Kincaid, ließ eine Bibliothek von 1000 Bänden, an der er 20 Jahre gesammelt, im Stich, froh, Weib und Kinder in Sicherheit bringen zu können. Unglücklicher Weise wagten sich Viele vor Nachteinbruch wieder ans Land, um noch einige Habseligkeiten zu retten; über 60 Personen wurden von den Burmesen zurückgehalten und in den Kerker geworfen. Ja, während die burmischen Offiziere mit blanker Waffe durch die Straße ritten und keinem Coolie erlaubten, den Europäern beim Packen oder Transportieren ihrer Habe zu helfen, und während schon alle Anstalten zu einem Angriff auf die Schiffe getroffen wurden, kamen Agenten des Gouverneurs an Bord des Kommandeur-Schiffes und versicherten, daß man nichts Feindliches gegen die Briten im Sinne habe. Es versteht sich von selbst, daß die Doppelzüngler keinen Glauben fanden und bald darauf fiel von burmischer Seite der erste Schuß gegen den Dampfer Toy; der Verlust des Feindes wird auf circa 300 Tode und 600 Verwundete geschätzt.

Tischlieder erhöhten während der Mahlzeit die freudige und heitere Stimmung der Gesellschaft nicht wenig.

C. Rosenberger Kreis. [Mordversuch.] Ein eigenthümlicher Mordversuch bildet seit einigen Tagen in der ganzen Umgegend das Tagesgespräch. In Saufenberg, einem Gute des Fürsten Hohenlohe zu Schlawenzig, 2 Meilen von Rosenberg, schoß am 23. Februar, Abends $\frac{3}{4}$ Uhr, ein Hüttenarbeiter, Namens Johann Plasa, nach dem General-Bevollmächtigten des Fürsten, Hrn. v. Bischüschen. Unmittelbar vor dem Wohngebäude desselben in Saufenberg stehend, richtete er seine mit einer Pflasterkugel geladene Büchse auf ein Fenster der in der oberen Etage gelegenen Kanzlei. Die Schickung des Himmels vereitelte jedoch glücklicherweise die That, indem der Mörder einen am Fenster zufällig aufgehängten und mit einer Mütze bedeckten Paletot für Hrn. v. Bischüschen selbst hielt, und so streifte die Kugel nur die eine Fenstersprosse und schlug in die Decke der Kanzlei ein, zu nicht geringem Schrecken der eben daselbst zu einer Konferenz versammelten Beamten. — Die Dunkelheit des Abends und die Einsamkeit des Ortes begünstigten das Entkommen des Mörders, und der Mangel aller besonderen Feinde des Angegriffenen, welcher wegen seines stets freundlichen und schonenden Auftretens gegen seine Untergebenen sich der größten Anhänglichkeit und Achtung erfreute, ließen in der ersten Zeit keinen bestimmten Verdacht auftreten. — Indes gelang es den unermüdlichen Nachforschungen des Herrn v. Bischüschen dennoch, zufolge der Aussagen einer Mutter und ihres Knaben aus dem Dorfe, dem Mörder nach acht Tagen auf die Spur zu kommen und als denselben einen bereits früher wegen Wilddiebereien in Untersuchungshaft gewesenen Hüttenarbeiter, Namens Johann Plasa, zu erkennen. Obwohl anfangs die That leugnend, bekannte er sich später doch dazu, erklärte aber zu derselben durch einen gewissen S. (früher Kaufmann und nicht ohne eine gewisse Bildung) aus Groß-Lassowitz dazu gedungen zu sein, und aus einer von demselben dazu erhaltenen Büchse auf Hrn. v. Bischüschen den Schuß gethan zu haben. — Nachdem gestand der Plasa auch noch, daß S. bereits seit längerer Zeit dem Hrn. v. Bischüschen und seiner Familie nach dem Leben trachte, und ihm (dem Plasa) zu dem Zwecke Arsenik geben wollte, um damit den Brunnen und die Viehbestände des Bevollmächtigten zu vergiften, und daß S. im Oktober v. J. bereits selbst den Baronen des Herrn v. Bischüschen bei seiner Rückkehr von Rosenberg nach Saufenberg durchschnitten habe, um diesen dann mit seiner Familie im nahen Walde umzu bringen. — Sofort nach den Geständnissen des Plasa wurde daher auch S. mitten in der Nacht verhaftet und beide bereits an das Kreisgericht nach Rosenberg zum Gewahrsam abgeliefert.

S. hat bis jetzt jedoch jede Mitwissenschaft um das Attentat und die Vergiftung, so wie jeglichen Verkehr mit dem Mörder ganz abgeleugnet, obgleich dieser bei seiner Aussage beharrt und alle von ihm angegebenen, näheren und beschuldigenden Umstände durchaus wahr und richtig befunden, namentlich die Büchse und das zur Vernichtung der Familie v. Bischüschen bestimmte Gift wirklich vorgefunden worden sind.

Bei der großen Noth und dem Elende, welches die hiesige Gegend theils schon be troffen, theils noch in drohender Gestalt auf die ärmeren Volksklassen hereinbricht, können solche Zeichen eines entmenschten Charakters nur gefährlich auf die arbeits- und nahrunglos umherziehenden Leute einwirken, und ist eine Beruhigung nur darin zu finden, daß der verachtete Mord nicht als Folge eines, durch harte Behandlung der frölichen Herrschaftsinsassen provocirten, allgemeinen Hasses und Auflehnung gegen den Bevollmächtigten, sondern lediglich als Ausdruck der unerklärlichen persönlichen Nachsucht eines einzelnen Individuums erscheint, dem von Seiten des Hrn. v. Bischüschen erweislich eine besonders wohlwollende Berücksichtigung zu Theil geworden, und das sich zur Ausführung des mörderischen Vorhabens eines von ihm früher bereits zum Wilddieberei verführten Subjekts bediente.

(Notizen aus der Provinz.) * Oppeln. Der hiesige Gemeinde-Vorstand hat einen gedrängten aber sehr übersichtlich und klaren „Verwaltungsbereich für das Jahr 1851“ veröffentlicht. Auch der mit den Kommunalverhältnissen nicht sehr Vertraute erhält hier eine gute Einführung in die städtische Verwaltung, die in drei Haupttheilen entwickelt wird, nämlich: in dem ökonomischen Theil, in dem Abgaben- und Steuerwesen, und in der Ordnungs- und Sicherheits-Pflege. Was den ersten Theil betrifft, so sind die Mauthgefälle über die etatsmäßige Höhe eingegangen, die Kalk- und Ziegel-Brennerei hat dagegen 300 Rthl. weniger eingebracht; das Kapital-Bermögen hat sich um 2000 Rthl. vermehrt. Es hätten noch 1000 Rthl. zinsbar angelegt werden können, wenn nicht die Mobilmachungs-Kosten im Betrage von 907 Rthl. für die Kommune entstanden wären.

In Bezug auf den zweiten Theil ist der Finanz-Zustand der Kommune ein erfreulicher zu nennen, und eine Etats-Ueberschreitung steht nicht bevor. — In Bezug auf die Sicherheits-Pflege ist ebenfalls Erfreuliches zu berichten. Verbrechen gegen die Sicherheit des Eigenthums sind im Gänzen genommen selten vorgekommen. Die Diebstähle haben sich vermindert. Eine Gefährdung der Sicherheit der Person ist nicht vorgekommen. Die öffentliche Armenpflege hat 2482 Rthl. 26 Sgr. 4 Pf. gekostet. Die öffentlichen und Privat-Wohltätigkeits-Anstalten haben sehr segensreich gewirkt. Für die Reinlichkeit und Brauchbarkeit der Straßen ist das Möglichste geschehen.

△ Guhrau. Am 6. Mai soll ein Thierschaufest verbunden mit einer Aufstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Ackerwerkzeuge veranstaltet werden, und von der Einnahme der damit verbundenen Lotterie Bieh und landwirtschaftliche Geräthe angekauft und verlost werden. Eine Prämie aus der Staatskasse ist ebenfalls in Aussicht gestellt. — Leider nimmt das Vagabondiren jugendlicher Personen überhand. Ein 11jähriger Knabe wird in dem Kreisblatte steckbrieflich verfolgt, und die Festnahme eines 15jährigen taubstummen Knabens gemeldet. — Am 22. Februar verunglückte durch Unvorsichtigkeit ein Knecht mit zwei an einen Brettwagen gespannten Pferden in der Wartsch bei Sandewalde, hiesigen Kreises. Schon hatte der angeschwollene Strom den vom Pferde gefallenen Knecht unter eine nahe Brücke gewirbelt, als derselbe in seiner Lodesangst noch einen Brückenpfahl umklammerte. Nur der geschickten und menschenfreundlichen Hilfe des Freigärtners Supke aus Klein-Wiersowis verdankte der schon fast Erstarrte seine Rettung. Auch die beiden Pferde wurden nach einer halben Stunde gerettet. — Den Einwohnern hiesiger Stadt wird untersagt, die Stadt frei umherlaufen zu lassen.

* Reinerz. Nachdem seit vielen Wochen mit Spannung dem Bescheide der egl.

Provinzial-Beitung.

* Neisse, 8. März. [Beendigung der „Volksmission“, „katholischer Verein“, Einsegnung des Missionskreuzes. — Instrumentalverein. — Gesangfest.] Mit dem gestrigen Tage ist für Neisse und Umgegend die achtjährige außerordentliche „Volksmission“ durch die Jesuiten zum Abschluß gelangt. Man wird sich einen Begriff von der großen Thätigkeit, wie von der Wirksamkeit der Jesuiten-Missionäre machen können, wenn man erfährt, daß dieselben — und zwar in der Hauptache nur vier Brüder der Gesellschaft Jesu — während der achtjährigen Missionszeit 32, sage zwei und dreißig Predigten von inneren Zusammenhange und in ununterbrochener Reihenfolge in hiesiger Pfarrkirche gehalten haben. Aber das nicht allein. Seit dem zweiten dieses Monats bis zum gestrigen Tage haben sie täglich von des Morgens früh bis spät zum Abend, in der Zeit, wo sie nicht predigten die Beichte gehört; außerdem sind in der Jesuitenkirche für die Militärs besondere Missionsvorträge und in polnischer Sprache für die zahlreiche der hiesigen Garnison angehörige Mannschaft, welche polnisch spricht, abgehalten worden. Ferner ist an drei Tagen täglich viermal zusammen also zwölf Mal, in der Jesuitenkirche für die Schüler des kathol. Gymnasiums und der städtischen Realschule zur Zeit der Mission und für die Zwecke der Mission gepredigt worden. Nächsten Mittwoch soll auch noch von Seiten der Jesuiten im hiesigen „katholischen“ Vereine gesprochen werden. Im Hinblick auf diese Thatsachen, wobei die fast fabelhafte geistige wie körperliche Anstrengung dieser Missionäre Erstaunen und Bewunderung erwecken muss, wird man wohl nicht zweifelhaft darüber bleiben können, daß nach vierjährigen mühsamen Vorbereitungen diese mit so großen geistigen Aufwände ausgeführten außerordentlichen Jesuiten-Missionen auch von außerordentlichen Erfolgen sind und noch weit hinans in die Zukunft greifende Nachwirkungen haben müssen. Möge man an dieser Stelle bei Vermeidung weiterer Ausführung eine wohl sehr natürlich scheinende Andeutung nicht unterdrücken: welche Bedeutung vermag gegenüber so großartig entfalteter Thätigkeit der katholischen Kirche die Regung in andern konfessionellen Kreisen, denen eine Entwicklung wohl gestattet ist, in Anspruch zu nehmen! Die Jesuitenväter, welche in der achtjährigen Missionszeit hier ihren Aufenthalt hatten, sind so weit wir in Erfahrung bringen könnten, den Namen nach Joseph und Marx von Klinkowström, Pater Prinz, Antoniewicz und Harder. Wahrscheinlich schon nächsten Donnerstag werden sie alle oder gewiß doch vier von ihnen von hier abreisen, um sich, wie man vernimmt, zur Mission nach Ohlau zu begeben. Sie gedenken jedoch in einiger Zeit hierher wieder zurückzukehren und wird im Publikum mehrheitlich die Vermuthung motivirt, daß in Zukunft einige der Brüder von der Gesellschaft Jesu in Neisse ihren Wohnort finden sollen. Nach der Schlusspredigt am gestrigen Nachmittage begab sich um $4\frac{1}{2}$ Uhr die Geistlichkeit und die katholische Gemeinde auf den Platz vor der Pfarrkirche, an welchem das Missionskreuz aufgerichtet worden und wurde dasselbe im Angesicht einer zahlreichen Volksmenge feierlich eingeseignet. — Das erste vollbesetzte Konzert des Instrumentalvereins hatte am jüngst verflossenen Freitag Abend ein großes Auditorium im Saale des Ressourcen gebäudes versammelt, welches von den Leistungen namentlich auch sehr vieler Kunstdilettanten im hohen Grade charmirt war. — Das am vorgestrigen Tage gefeierte fünfte Stiftungs- und Gesangfest unsers Männergesang-Vereins wurde durch die „Fahneneiweihe“ von Herrn Stückenschmidt eingeleitet. Der dann von dem Direktor des Vereines gehaltenen Festrede folgte ein Vortrag über die Chronik der Gesellschaft. Die Aufführung der Gesangstücke aus „Im Walde“ von J. Otto bildete den Haupttheil der musikalischen Unterhaltung, nach welcher auch den Freuden der Tafel und des Tanzes gehuldigt wurde. Ein paar hübsche und der Festlichkeit angemessene

Regierung auf die eingereichten Wahl-Protokolle des neu gewählten Gemeinde-Vorstandes entgegengesehen wurde, ist in diesen Tagen endlich dieser Bescheid eingegangen und dahin ausgefallen, daß die Wahl des bisherigen, interimistischen Bürgermeisters Sandmann zum ersten Gemeindevorsteher von Reinerz, desgleichen die des Beigeordneten, Rathmann Alhofius, nicht bestätigt worden. Die Wahl der 4 anderen unbefoldeten Rathmänner hat die Bestätigung erhalten. Ueber die Motive der Nichtbestätigung der einstimmigen Wahl des Hrn. S. zerbricht man sich bedeutend den Kopf und ist nebenbei in großer Verlegenheit, wem man nun zum zweiten und letzten Mal die Stimmen bei der Wahl zuwenden soll.

* Goldberg. Unser Gemeinderath hat auf Grund des § 46 der Gemeinde-Ordnung das Einzugsgeld auf 6 Rthl. festgestellt. Bei der Geringfügigkeit dieser Summe wird erwartet, daß die Neuzeichnenden freiwillige Beiträge zur Armenkasse, zum Bürger-Rettungs-Institut und zur Verschönerung des Bürgerkorps, wie bisher bei Erwerbung des Bürgerrechts üblich, erlegen werden.

Löwenberg. Wohl Mancher hat in Warmbrunn Sachen von Herrn Bergmann gekauft und dabei das Talent des unbekannten Künstlers bewundert. Derselbe verfestigt allerlei niedliche Sachen aus Knochen, als: kleine Thiere, Felsgruppen mit Rehköpfen, Lastträger auf einer Brücke etc. Auch porträtiert er nicht ohne Glück in demselben Material, gravirt etc., genug, der Mann ist ein Universalgenie, und dennoch kämpft er mit der bittersten Armut. Seine Arbeiten haben auf der londoner Industrie-Ausstellung Aufsehen gemacht, und er erhielt deshalb Aufforderungen von Paris, sich dorthin zu verfügen; ein ähnlicher Ruf erging an ihn aus Ostende, aber ohne Geld läßt sich mit einer zahlreichen Familie solchen Einladungen nicht folge leisten. Einflußreiche und reiche Männer sollten sich billigerweise dieses Künstlers annehmen, er würde gewiß ein ausgezeichneter Bildhauer werden.

□ Trachenberg. Unsere evangelische Parochie, eine der größten in Schlesien, wird endlich einen Seelsorger erhalten. Bis jetzt wurde dieselbe von dem Hrn. General-Substituten Minkwitz versehen, nun ist aber zum zweitemmale Hr. Diaconus Rektor Schwedler definitiv gewählt worden. — Für hiesiges Fürstenthum ist eine besondere Feuer-Societät mit einer Versicherungssumme von ca. 1/2 Million Thaler gebildet worden. Die Geschäfte leitet der fürstliche Kamerall-Amts-Sekretär, Hr. Bischof, in sehr tüchtiger Weise. Man hat sich auf 30 Jahre verpflichtet. An Bränden fehlt es uns leider nicht, und auch die Feuerlösch-Anstalten sind noch mancher Verbesserung bedürftig.

= Grünberg. Unser „Kreis- und Intelligenzblatt“ enthält einen interessanten Artikel über den alten schlesischen Bergbau. Er ist theilweise ein Auszug aus einem alten Buche: „Silesia sub terranea, oder Schlesien mit seinen unterirdischen Schäben und Seltsamkeiten“ etc. von G. A. Volkmann, Dr. philos. et medic. zu Liegnitz 1720, welches Buch, außer in größeren Bibliotheken, schwerlich noch zu finden sein dürfte, und welches in Kürze alle die Punkte angibt, wo früher Metalle gebrannt wurden, oder wo dergleichen zu finden sind. Es scheint dies keine ganz unnütze Arbeit zu sein, da hierdurch auf verschiedene Punkte aufmerksam gemacht wird, wo vielleicht mit wenigen Kosten neue Erwerbsquellen aufgefunden werden dürfen. — Unsere „Vorschuß-Anstalt“ hat den Jahresabschluß von 1851 veröffentlicht. Nach denselben betrug die Einnahme 2895 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf. und die Ausgabe 2851 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., wonach ein Kassenbestand von 43 Thlr. 22 Sgr. 10 Pf. bleibt. Im vergangenen Jahre erhielt die ganz bedeutende Zahl von 1183 Personen Vorschüsse gegen Pfänder, wobei bemerkbar werden muß, daß das Maximum der Vorschüsse die Höhe von 5 Thlr. nicht überschreiten darf. — Der Gemeinderath hat bei dem Gemeindevorstand beantragt, bei der königl. Regierung die Genehmigung zur Erhebung der Hausstandsteuer und des Einzugsgeldes an Stelle der in Wegfall kommenden Bürgerrechtsgebühren, erneuert nachzusuchen. Der Gemeindevorstand hat dem Gemeinderath den Entwurf einer Weinbergs- und Winzer-Ordnung übermacht, mit welchem letzterer sich größtentheils einverstanden erklärte. — Die junge Violin-Virtuosin, Fräulein Johanna Bierlich aus Jena wird nächstens hier konzertieren.

4 Lauban. Der hiesige „Anzeiger“ fährt in sehr anzuerkennender Weise fort, den Sinn für das kommunale Interesse und für das Gemeinnützliche zu wecken, fast jede Nummer desselben enthält einen oder mehrere Artikel, welche entweder Belehrung oder Belebung für gewerbliche Tätigkeit bezeichnen, oder gemeinnützige Anstalten besprechen. — Bei dem Vorstand des hiesigen Gewerbevereins sind mehrere Gegenstände für die breslauer Industrie-Ausstellung angemeldet worden, nämlich: 2 Wagen, Braunkohlen und aus dergleichen Material gearbeitete Kästchen, Bernstein-Arbeiten, Pappe-Arbeiten, Galanterie-Waaren, Leinen-Waaren und ein Blumentisch. — Hr. Lehrer Effenberger zeigt an: daß 44 Meister die Genehmigung ertheilt haben, daß ihre Lehrlinge für eine mit der Prüfung der Sonntagsschule in Verbindung stehende Ausstellung von Lehrlings-Arbeiten thätig sein dürfen. Eine aus dem Vorstande der Sonntagsschule hervorgehende Kommission wird diese Angelegenheit leiten und regeln. — Hr. Lehrer Effenberger erbietet sich ferner, solche Kinder, die noch nicht ganz schulpflichtig sind, wo aber die Eltern wünschen, daß sie auf eine zweckmäßige, dabei aber nicht anstrengende Weise, im Denken und Sprechen geübt, im Lautiren, Schreiben, Zählen und Rechnen unterrichtet werden möchten, für jeden anderweitigen öffentlichen oder Privatunterricht vorzubereiten.

* Görlitz. Am 6. März Abends 10 1/2 Uhr kamen mit dem letzten Zuge der neuschlesisch-märkischen Eisenbahn die beiden russischen Großfürsten Nikolaus und Michael mit großem Gefolge hier an. Auf dem Bahnhofe wurden sie von dem Landrathen Hrn. v. Haugwitz, dem Hrn. Major und Flügel-Adjutanten des Königs von Sachsen, v. Zeschwitz, der denselben bis hierher entgegengereist war, empfangen. Hr. ff. Hoheiten fuhren sofort nach der Stadt, wo sie im Gasthause zum „braunen Hirsch“ übernachteten und am nächsten Morgen um 9 Uhr mit dem zweiten Zuge nach Dresden fuhren. Der preußische Rittmeister Hr. v. Rheinbaben begleitete dieselben bis Löbau.

Breslau. Der Bürgermeister Thilo in Münsterberg ist an Stelle des ausgeschiedenen Polizei-Anwalts Payelt für den Landkreis Münsterberg zum Polizei-Anwalt kommissarisch ernannt worden. Mit Bezug auf die neulich gemeldete Pensionierung des Kreis-Steuer-Einnehmer Wolff hierüber wird ergänzt, daß des Königs Majestät geruht haben, dem in Ruhestand versetzten Kreis-Steuer-Einnehmer Wolff hier selbst den Charakter als „Rechnungs-rath“ allgemein beizulegen.

Der Schulamts-Kandidat Dr. Albrecht Zehme ist zum Civil-Inspektor an der königl. Ritter-Akademie in Liegnitz ernannt worden. — Bestätigt: Die Vokation für den bisherigen Schulamts-Kandidaten Dr. Hermann Berthold Rumpelt zum ersten Lehrer an der höhern Schulamts-Schule zu St. Maria Magdalena hier; die Vokation für den bisherigen zweiten Lehrer

an der evang. Elementarschule Nr. 17, Theodor Pannenberg, zum Lehrer am Knaben-Hospital in der Neustadt hier; desgl. die Vokation für den bisherigen Adjutanten an der evangelischen Schule zu Maslowitz, Ernst Louis Geisler, zum evangelischen Schullehrer zu Marslowitz, Kreis Neumarkt; desgl. die Vokation für den bisherigen Schullehrer Peßold zu Gabel, Gubrauer Kreises, als evangelischer Schullehrer in Nodeland, Kreis Orlau; die Vokation des Lehrers Gersolle als katholischer Schullehrer und Organist in Eschelben und resp. des Adjutanten Bumble als katholischer Schullehrer in Kouradau, beide wartenberger Kreises; die Vokation für den bisherigen Schuladjutanten in Buchwald Karl Julius Ferdinand Stein zum Organisten und Schullehrer in Jänschdorf, östler Kreises.

[Vermächtnisse und Geschenke.] Die am 29. Juli v. J. hier verstorbene vermittlerte kirurgische Instrumentenmacher Knösel geb. Friedrich aus Festenberg hat an die ärmen Tuchmacher und deren Witwen zu Festenberg 50 Rthl. vermacht. Der Oberlehrer Dr. Höller am evangelischen Gymnasium zu Groß-Glogau hat eine Schenkung von 150 Rthl. ausgesetzt, wovon die Binsen für einen armen Primaner bestimmt sind.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Sitzung der naturwissenschaftlichen Sektion vom 12. Februar.

1. Herr Privatdozent Dr. v. Frantzius hielt einen Vortrag über Metamorphosen im Thiergeich, über Generationswechsel und Heterogenie. Derselbe machte zuerst darauf aufmerksam, daß die Metamorphose nicht als etwas dem Generationswechsel und der Heterogenie Coordinirt zu betrachten sei, denn sie gehört der Entwicklungsgeschichte an, während Generationswechsel und Heterogenie besondere Arten der Zeugung oder Fortpflanzung sind. Die Zoologie betrachtet die Metamorphosen nur in soweit sie Gestaltveränderungen der gesamten Form des Thieres betreffen; die vergleichende Anatomie und Entwicklungsgeschichte zeigt, welche einzelnen Organe sich verändern, und wie sie sich verändern; die Gestaltveränderung besteht aber nicht bloß in der Vergrößerung der Organe, sondern auch in der Verkleinerung und dem gänzlichen Verschwinden einzelner derselben. Man unterscheidet daher auch eine rückwärtsorientierte Metamorphose, mit welchem Namen man die letzteren Vorgänge bezeichnet. Beispiele von Metamorphosen finden sich in allen Thierklassen, am meisten verbreitet jedoch bei den niederen Thieren.

Die allgemein bekannten Jungen des Frosches, die sogenannten Kaulquappen, die in diesem Stadium mehr einem Fische, als einem Amphibium gleichen, zeigen, daß auch unter den Wirbeltieren Metamorphosen vorkommen.

Am häufigsten und entschiedensten findet man indessen die Metamorphosen bei den Insekten. Einem Jeden ist die dreifache Gestalt bekannt, in der sich die meisten Insekten, vom Auschluß aus dem Ei bis zur völligen Entwicklung zeigen. Indessen machen nicht alle Insekten diese drei Stadien durch, einige zeigen fogleich die Gestalt des Mutterthieres; andere gleichen zwar dem Mutterthiere; sind aber flügellos und erhalten erst später die Flügel; der größte Theil aber zeigt sich als Raupen oder Larve, dann als Puppe und endlich als vollkommenes Insekt. Man hat hierauf eine Eintheilung der Insekten in solche mit unvollkommener und in solche mit vollkommener Verwandlung gegründet. Eigentümliche Verwandlungen kommen bei den Krebsen und zwar bei den Schmarotzerkrebsen vor; die frei umherschwimmenden Jungen gleichen den Jungen anderer Krebsarten, verlieren aber, sobald sich die Thiere als Schmarotzer an den Kiemen eines Fisches oder an andere Thiere festgesetzt haben, ihre Schwimmfüße und ihre Augen, erhalten in der Folge eine äußerst ungewöhnliche, unähnliche Gestalt, so daß wir hier ein Beispiel einer rückwärtsorientierten Metamorphose haben.

Sieh vielfach verbreitet sind ferner die Metamorphosen bei den übrigen wirbellosen Thieren, z. B. bei den Würmern und Strahlthieren. Hier ist die Metamorphose meistens zugleich eine wesentliche Begleiterin des Generationswechsels.

Dieser besteht nämlich nicht bloß darin, daß Thiere während ihrer Entwicklung ihre erste Gestalt verlieren, denn sonst könnte man auch die Metamorphosen der Insekten mit dem Namen des Generationswechsels belegen. Das Wichtigste dabei ist, daß Thiere, ehe sie sich vollkommen entwickelt haben, sich durch Spaltung und Keimbildung vermehren können, so daß also aus einem Ei schließlich eine große Anzahl von Individuen erzeugt wird. Die bekanntesten Beispiele finden sich bei den Blattläufen, Säugwürmern und Medusen. Bei letzteren entsteht aus dem Ei zuerst ein infusionsartiges Thier, welches sich an einen Gegenstand festsetzt, Arme erhält und so in polypenartigen Zustand übergeht; in diesem Zustande vermehrt sich das Thier durch Quertheilung, indem sich von oben tellerartig ein Individuum nach dem andern erhebt, welches allmählig zur Qualle oder Meduse heranwächst, bis es seine Generationsorgane erhält und wieder den Fortpflanzungscyclus beginnen kann.

Etwas ganz Eigentümliches und durchaus von den bekannten Erfahrungssätzen abweichendes ist der Vorgang, welchen Joh. Müller im vorigen Herbst in Triest an der Synapta digitata, einem wurmähnlichen Edinoderm, beobachtete und mit dem Namen Heterogenie belegte. Er fand nämlich, daß in diesem Thiere außer seinen normalen Generationsorganen, welche eine schlafsförmige Gestalt besitzen, frei in der Leibeshöhle herab hängen, Eier und Samensäden zugleich enthalten, zuweilen noch andere Generationsorgane vorkommen, in welchen sich aus den Elementen, nämlich einerseits dem Dotter und den Keimbläschen, und andererseits den Samensäden, Schnecken erzeugen, deren verschiedene Entwickelungsstadien er vom Anfang an bis zu einem gewissen Grade der Reihe verfolgen konnte. Er fand diese Schnecken erzeugenden Schläuche 71 Mal; dieselben zeigten beständig denselben Bau und dieselbe Lagerung, und unterschieden sich wesentlich von den andern normalen Generationsorganen dadurch, daß sie nicht frei in der Bauchhöhle herabhängen, sondern daß sie mit dem unteren Ende an ein vom Darmkanal austretendes Blutgefäß in der Weise befestigt sind, daß das Blutgefäß den unteren in sich eingefüllten Schlauch umfaßt. Diese Befestigung, die immer auf dieselbe Weise und an derselben Stelle stattfindet, zeigt, daß wir es hier nicht mit etwas Zufälligem zu thun haben, daß der Schnecken erzeugende Schlauch mit der Synapta in organischer Verbindung steht. Alle bis jetzt möglichen Versuche, diese merkwürdige Thatsache auf bekannte Erfahrungen zurückzuführen, und zu erklären, lassen sich zurückweisen; denn weder kann der Schnecken erzeugende Schlauch mit einem Parasiten verglichen werden, noch läßt sich hier eine Analogie mit dem Generationswechsel nachweisen. Wir haben hier also einen Fall, wo ein Thier außer seines Gleichen noch andere Thiere und zwar Thiere einer höheren Thierklasse, zu erzeugen im Stande ist. Das zu verschiedenen Zeiten der Schöpfungsgeschichte unserer Erde neue Thiere entstanden, lehrt die Paläontologie; daß heut zu Tage noch neue Thiere entstehen, ist bis jetzt von Niemandem, auch nicht von den Anhängern der generatio aequivoqua, beobachtet worden. Bisher war es für uns etwas Undenkbare, wie neue Thierarten entstehen könnten. Durch Müller's Entdeckung haben wir eine Andeutung und einen Fingerzeig. Es ist jetzt die Aufgabe der Naturforscher, diese Spur mittelsicherer Beobachtungen weiter zu verfolgen.

Joh. Müller weist schließlich darauf hin, daß diese Thatsache bis jetzt doch noch nicht ganz isolirt dastehe; denn es gibt eine Anzahl Polypen, die sich durch Generationsorgane fortpflanzen, diese erzeugen zuweilen Medusen und es scheint, als wenn diese Medusen sich von jenen oben erwähnten unterscheiden, die aus der polypenartigen Medusenlarve entstehen; denn nach einigen, bis jetzt freilich nur spärlichen Beobachtungen scheint es auch Medusen zu geben, deren Brut sogleich als kleine Meduse erscheint. Es würden also gewisse, mit Generationsorganen versehene Polypen, außer ihres Gleichen, noch Medusen erzeugen, die sich als solche weiter fortpflanzen können, so daß in diesem Falle der Polyp der Synapta, der Meduse der Schnecke entsprechen würde.

Was die Schnecke selbst betrifft, so ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die vollständige Entwicklung derselben zu verfolgen, so daß man noch nicht weiß, welcher der lebenden, bisher bekannten, im mittelländischen Meere vorkommenden Schnecken jene Jungen entsprechen, aus deren Schalen man vorläufig nur schließen kann, daß sie einer Natica angehören. So sehr unser Geschichtskreis, in Bezug auf die Entstehung der organischen Wesen, durch diese Beobachtungen erweitert worden ist, so viele unerledigte Fragen knüpfen sich noch an sie, deren weitere Erforschung jetzt die Aufgabe der Zoologen sein wird.

2. Der ersteruntergeschriebene Sekretär der Sektion, Prof. Dr. Göppert, theilt noch mit, daß der Kaufmann Goldberg, welcher ihn in Folge eines Rechtsstreites über eine in der naturwissenschaftlichen Sektion am 6. März des vorigen Jahres stattgehabte Verhandlung über seine Rheumatismusknoten wegen Nasquills und Ehrenkränze verklagt habe, mit seiner Klage in beiden Instanzen abgewiesen, zur Tragung der Prozeßkosten verurtheilt und ihm auch eine Sanktionsstrafe von einem Thaler auferlegt worden sei. Göppert. Cohn.

Baubau. 7. März. [Konzert von Jul. Tschirch.] Das gestern vom Organist Jul. Tschirch hier selbst veranstaltete große Vocal- und Instrumental-Konzert brachte uns nachstehende Musikstücke zu Gehör: Konzert-Ouvertüre für Orchester für Aud. Tschirch in Berlin; Konzert-Baixat für Pianoforte von Pixis, vorgetragen vom Musikdir. W. Tschirch aus Siegen; Lied für Tenor, „die Heimath“, komponirt und dirigirt von Ernst Tschirch aus Berlin, welche Komposition ganz besonders die Aufmerksamkeit des Publikums erregte, und sehr beifällig aufgenommen wurde. Den zweiten Theil des Konzerts bildete die Aufführung des Sängerkam- pfs von W. Tschirch, und machte diese neue Komposition in allen einzelnen Nummern den günstigsten Eindruck auf das sämmtliche Publikum. Der reichlich gespendete Beifall, war in Bezug auf die Komposition selbst als auch in Bezug auf die Aufführung nach unserer Ansicht ein wohlverdienter.

Da die hiesige Gegend die Heimath der Gebrüder Tschirch ist, war das erwähnte Lied „die Heimath“ von Jul. Tschirch ganz besonders geeignet, die Gefühle auszudrücken, welche dieselben bei ihrem brüderlichen Zusammensein gewiß bestellt haben, denn in der That war es führend anzusehen, wie der anwesende würdige Vater der Gebr. T. von vielen Anwesenden wegen der Leistungen seiner Söhne beglückwünscht wurde. Das sehr zahlreich versammelte Publikum Lau- baus und der Umgegend ließerte den deutlichsten Beweis, daß auch hier der Kunstsinn in großem Maße zu finden ist.

Möchten die aufsprüchlosen jungen Künstler in ihrem ernsten Kunststreben nicht erkalten, und darin durch Neid und Mißgunst sich nicht beirren lassen; wir begleiten sie stets mit der aufrichtigsten Theilnahme.

wie im vorigen Jahre — Roggen nur 4 p.Ct. weniger, wie das Jahr vorher — bedeutende Zufuhren von Amerika, Frankreich und Russland erschien den Ausfall reichlich, und dennoch steht der Preis dieses Korns 100 p.Ct. höher, wie 1851 im Frühjahr. Wucherer durchziehen die Produktions-Gegenden, bieten den Dekonomen für ihre bedeutenden Vorräthe hohe Preise und machen die Bauern vollends wild, obwohl es ihnen selbst ein Rätsel ist, weshalb sie, bei einer genügenden Ernte, solche hohe Preise erhalten. Auf diese Weise halten die Bauern zurück; was an den Markt gebracht wird, kaufen theilweise Spekulanten auf, um es festzulegen, und werden daher bedeutende Quantitäten dem Verkehr entzogen. — Die alten Vorräthe sind noch beträchtlich — wir erwähnen nur Bremen mit 10,000 und Holland mit 37,000 Last Roggen. Die neue Ernte ist noch wenig in Gebrauch genommen, weil fremde Zufuhren den Markt versorgen und dennoch werden die extremen Preise angelegt. Bei der Bereitwilligkeit der Regierung, dem Nothstande abzuholzen, machen wir sie auf den Umstand aufmerksam, daß die königl. Banken noch fortwährend Vorschüsse auf Getreide geben, um es unter ihrem Verschluß lagern zu lassen. Hierdurch wird es der Spekulation leicht, bedeutende Quantitäten dem Markt zu entziehen und die Preise immer mehr zu treiben. Wir glauben daher im Sinne des größten Theils der Nation zu sprechen, wenn wir an die Regierung die Bitte stellen: „für jetzt ausnahmsweise die Banken zu beordern, keine Vorschüsse mehr auf solches Getreide zu geben, was bei den hohen Preisen noch festgelegt werden soll, und die geleisteten Vorschüsse wieder einzuziehen.“ Diese Maßregel muß, mit der freien Einfuhr vereinigt, jedenfalls eine Wirkung hervorbringen, die vom ganzen Volke mit Jubel begrüßt werden würde.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau. 9. März. [Zur schlesischen Industrie-Ausstellung.] Die Presse in den Provinzialstädten ist in ihrem Eifer für die Ausstellung schnell erkaltet; selten oder gar nicht findet sie sich veranlaßt, dieses provinzielle Unternehmen in wenigen Zeilen zu erwähnen. Und dennoch sind von hier aus mehrfache Unregelmäßigkeiten ergangen, die darauf hinwiesen, in welcher Hinsicht eine lebhafte oder umfassendere Beteiligung der Provinz zu wünschen sei. Für diese, namentlich in jenen Kreisen Interesse habenden Notizen fanden die meisten Provinzial-Blätter keinen Raum, derselbe wurde durch die Unterhaltungs- (resp. Ritter-, Räuber- und Geister-Geschichten) Lektüre gänzlich in Anspruch genommen. — Man klagt gewaltig über Nahrungslosigkeit, über das Darniederliegen der Gewerbe u. c. und doch mag man nicht einmal alten, nichtsahnigen Plunder bei Seite lassen, um Artikel nachdrucken zu können, welche mit den Interessen der Gegenwart in so inniger Verbindung stehen. Welches Interesse z. B. hat nicht der Flachsbau für die ganze Provinz? und doch hat der neulich mitgestaltete Artikel, eine umfassende Vertretung dieses Industrie-Zweiges bei der Ausstellung bezweckend, in kaum 2 Blättern Aufnahme gefunden. — Wenn die Redaktionen selbst so blind für das wahre Interesse ihrer Leser sind, daß sie ihnen Steine für Brot reißen, so sollten einflußreiche Männer in den Provinzialstädten dieselben darauf aufmerksam machen, daß ihre Aufgabe eine edlere und höhere sei.

Rühmend muß dagegen des „Laub aner Anzeigers“ gedacht werden, welcher in der größten Ausführlichkeit alle auf die Industrie-Ausstellung Bezug habenden Artikel in seine Spalten aufnimmt.

Für die schlesische Industrie-Ausstellung sind unter anderen ferner angemeldet worden: Nadlermeister Gustav Hahn, hier: ein Sortiment wiener und Karlsbader Insektennadeln, 3 Stück Vogelbauer, brüsseler Blumendrahköpfchen.

Dominium Lampersdorf, Kr. Oels: 6 Stück Kartons mit Wollvliesen.

Graf v. Wartensleben auf Krippitz, Kr. Strehlen: 6 Stück gewaschene Wollvliese. Steingutfabrikant Mittelstädt in Glinic b. Lubliniz: eine Theekanne aus Hochofenz-Schlacke, eine Theekanne aus braunen Erzstufen.

Cantor Pohl in Cauh: Proben von deutsch-französ. Rauhkararden, aus französischem Samen gezogen.

Apotheker Ferd. Osswald in Oels: reines ätherisches Kümmel-, Kalmus-, Angelikaöl, feinste Bischofs- und Kardinal-Essenz aus frischer grüner Schale bereitet. — Geschälter und getrockneter Kalmus; sämtliche Präparate selbst bereitet.

Anatomischer Modelleur Gust. Zeuller, hier: ein menschliches Gehör, 343 mal vergrößert (aus Wachs), ein menschliches Gehör, 10 mal vergrößert (aus Wachs), eine Damenhand aus Wachs.

Tischlermeister Josef Erner zu Kunzendorf b. Landeck: eine Buttermaschine.

Schlossergeselle Wilhelm Hildebrand in Striegau: 1) ein Vorlegeschloß mit 3 Rädchen, 10 mal zum Schließen, Vorgesperre und Hinterversperre, das ganze Schloß auseinander zu nehmen und keine Schraube sichtbar; 2) ein eingestemmtes Schreib-Sekretärschloß mit schwebendem Angriff.

Uhrmacher Johann Buresch zu Strehlen: eine selbstschlagende Fahrhuhr mit Repe-tirwerk.

Schneidermeister C. Drescher in Beuthen a. d. O.: eine Weste von Atlas, welche zugleich ein Chemiset, Kragen und Kravatte bildet.

Dom. Leuthen bei Breslau und Dom. Scharffenort bei Goldberg (angemeldet vom Hrn. Wirtschaftsrath Elsner): Wollvliese.

Schwertfeger W. Grell, hier: von seinem Lehrling Alwin Rächner: einige Arbeit seines Fächs, welche er bei Beendigung seiner Lehrzeit gearbeitet.

[Der Märzschnee.] Die Dorfzeitung schreibt: Man sagt zwar, Märzschnee thue den Saaten weh; aber da wir einen so gelinden Winter hatten, so ist es vielleicht gut, daß wir für die ersten Wochen des März noch diese strengere Witterung bekommen haben. Die gefährlichste Zeit sind die März- und Aprilmonate, wo oft durch milde Witterung Alles hervorgerufen wird, und einige darauf folgende kalte Tage Saaten und Blüthen verderben. Ein später Frühling giebt uns Hoffnung auf ein gutes Jahr.

In Bezug auf die hohen Getreide-Preise enthält die „Elberf. Ztg.“ folgende sehr beachtenswerthe Mittheilung:

Barmen. 6. März. Die Maßregeln, zu welchen sich die Regierung in Betreff des Nothstandes, der in einzelnen Landesteilen hervorgetreten ist, veranlaßt sieht, werden überall mit Zustimmung und Beifall aufgenommen. Vorzugswise dürfte der Beschluß, die Erhebung der Eingangssteuer auf die nothwendigsten Lebensmittel: Getreide, Hülsenfrüchte und Mehl, im Zollvereinsgebiete bis zum 31. August einzustellen, als ein heilsamer begrüßt werden. Wie vom Finanz-Ministerium aus versichert wurde, lagern bedeutende Getreidezufuhren an den Grenzen der Zollvereinsgebiete, welche auf eine Maßregel, wie die von der Regierung beschlossen, nur warten, um die Zollvereinsstaaten aufzusuchen. Es läßt sich in Folge hiervon eine sofortige Ermäßigung der Getreidepreise auf die normale Höhe erwarten.

Der Grund zu dieser extremen Höhe ist nur in der Spekulation zu suchen. Die Ernte „sämtlicher“ Cerealen, mit Einschluß der Kartoffeln, ist größer gewesen,

C. Breslau, 9. März. [Produktenmarkt.] Die Mattigkeit im Geschäft hier macht sich täglich fühlbar und die bisherige Festigkeit der Inhaber von Getreide scheint auf dem Wendepunkte angelangt zu sein.

Weizen, weißer, in feinsten Ware erreicht noch 71 Sgr., desgl. gelber 70½ Sgr., die übrigen Sorten müssen nach Qualität zu 60—68 Sgr. verlassen werden.

Roggen in ord. Ware wurde zu 56—59 Sgr. verkauft, mittel Korn zu 63 Sgr., seines 85—86 Pf. zu 65 Sgr., feinstes zu 67½ Sgr. pr. Scheffel.

Gerste 41—45 Sgr., feinste weiße 49 Sgr.

Hafer 28—32 Sgr.

Erbsen 55—60 Sgr., beste 63 Sgr.

Kleesamen unverändert; feinstes rother mit 18½ Thlr. bezahlt, ordinaire und mittlere Sorten 11—15½ Thlr., weißer feinst 13½ Thlr., ord. und f. mittler 8—12 Thlr. pr. Ctr.

Rübbel ohne Handel, loco 9½ Thlr. Br.

Spiritus gleichfalls matt, loco 12 Thlr. Br., 11½ Thlr. Gld.

Zink loco 4 Thlr. 10 Sgr. bez.

Berlin. 8. März. Weizen loco 63—67 Thlr. Roggen loco 57½—60½ Thlr. pr. J. Jahr 57½ u. 57 verkauft, 57 Br. 56½ G. Mai-Juni 57½ verk. u. Br., 57 G. Gerste, g. 40—43, u. 39—40 Thlr. Hafer loco 25½—27, pr. Frühjahr 48 Pf. 25 Thlr., 50 Pf. 26 Thlr. Erbsen 50—54 Thlr. Rapssaat, Winterraps 69—67, Winterrüben 68—66, Sommerrüben 54—53 Thlr. Rübbel loco 9½ verkauft, pr. März und März-April 9½ verk. u. Br., 9½ G. April-Mai 9½ Thlr. Br., 9½ verk. u. G. Spiritus loco ohne Fass 26½—25½ Thlr. verk. u. Br., mit Fass geacht 26 Thlr. verk., pr. März und pr. März-April 25% verkauft u. Br. 25½ G. April-Mai 26½—25% verk., 26 Br., 25½ G. Mai-Juni 26½ verk. u. Br., 26½ G. Juni-Juli 27½—27 Thlr. verk., 27½ Br., 27 Thlr. G.

Stettin. 8. März. Weizen. Ein kleiner Posten weißbunter poln. loco von der Eisenbahn mit 89 Pf. Garantie 66½ Rtl. bez. 150 Ws. 89 Pf. pomm. pro Frühj. 65 bez. Roggen schlicht matter, 82 Pf. pro Frühj. 58½—58 bez. Br. u. Gd. pro Mai-Juni 59—58½ Rtl. bez., pro Juni-Juli 59 bez. Rübbel stille, pro März-April 9½ Br. u. Gd., April-Mai 9½ G. Sept.-Okt. 10½ bez. und Gd. Spiritus unverändert, am Landmarkt ohne Zufuhr, loco 13½ Fass 13%, 1%, 1%, 1% p.Ct. bez. Frühj. 13½ bez. u. Gd. Mai-Juni ohne Fass 13½ bez. Juni-Juli 13 p.Ct. bez. u. Gd.

Liverpool. 5. März. Bei anhaltend starker Frage ist Baumwolle in dieser Woche wieder $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ d. in die Höhe gegangen und die Preise behalten eine steigende Tendenz; die Verkäufe belaufen sich auf 77,540 B., wovon 19,500 B. an Spekulanten und 4230 B. an Exporte abgingen. Die Meinung, daß die jetzigen Notirungen unter allen Umständen für die nächste Zukunft ganz sicher seien, findet immer mehr Verfolker und begründet sich darauf, daß der successive Avance, welcher für die amerikanischen Sorten in den letzten 6 Wochen $\frac{1}{2}$ d. beträgt, durch effektiven Bedarf hervorgerufen ist.

Von Nordamerika sind in dieser Woche zwei Posten eingetroffen, welche Berichte aus New-York bis zum 21. und aus New-Orleans bis zum 19. v. M. bringen. In beiden Märkten waren angenehmer mit Baumwolle und in letzterem wurde „middling“ 7½ Cents notirt, welches hier ungefähr 4% d. zu stehen kommen würde. Über die Ernte wird Neues nichts berichtet; die Liste vom 17. v. M. lautet wie folgt:

	1852	1851	1850	1849
Zufuhr in den Häfen . . .	1,554,000	1,446,000	1,369,000	1,568,000
Export nach Großbritannien . . .	530,000	442,000	386,000	602,000
Total-Export . . .	829,000	734,000	600,000	870,000
Vorräthe in den Häfen . . .	540,000	658,000	600,000	579,000

Nach den Berichten vom 21. betragen die Zufuhren 1,563,000 B. gegen 1,446,000 B. zur selben Zeit im vorigen Jahre, also 117,000 B. mehr, und man erwartet, daß sie im gegenwärtigen Monat sehr bedeutend sein würden.

P. S. Heute beträgt der Umsatz 10,000 B. und der oben erwähnte Avance, welcher sich auf alle Sorten erstreckt, wurde fest behauptet. Der hiesige Vorrath steht jetzt gegen den vorjährigen um diese Zeit um 136,000 B. zurück.

Simon u. Comp., Manchester.

Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee. Auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung der Herren Aktionäre des Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee-Vereins vom 1. d. M. machen wir den resp. Interessenten hiermit ergebenst bekannt:

dass die Zahlung der Zinsen auf die Reichenbach-Langenbielauer Prioritäts-Aktien das Jahr 1851

am 16. und 17. d. M. in den Morgenstunden von 9 bis 12 Uhr im Kassenlokale des Vereins hier selbst erfolgen wird, eine Dividende auf die Aktien für den Fortzugsbau von Langenbielau nach der Grafschaft Glatz — bei vorschriftsmäßiger Ergänzung des Reserve-Fonds — aber nicht weiter erhält werden kann. — Der Reserve-Fonds hat am Schlusse des Jahres 1851 die Höhe von 3479 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. erreicht.

Reichenbach, den 3. März 1852.

Das Direktoriuum

des Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee-Vereins.

[1852] Mitte dieses Monats wird meine nach französischer Methode eingerichtete

Strohhut-Wasch-Anstalt wieder in Thätigkeit gesetzt und empfiehle dieselbe erneut geneigter Beachtung. — Gewöhnliche und modernisierte Hütte stehen von da ab zur gefälligen Ansicht bereit bei

Eduard Rickel, Albrechtsstraße Nr. 7.

Zweite Beilage zu № 70 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 10. März 1852.

[2279] Entbindungs-Anzeige.
Meine liebe Frau Selma, geb. Kämpf,
wurde heut von einem gesunden Mädchen glück-
lich entbunden, was ich statt besonderer Mel-
dungen hiermit ergebenst anzeigen.
Proskau, den 9. März 1852.

Dr. Heinzel.

[1290] Entbindungs-Anzeige.
Die heut Nacht erfolgte glückliche Entbindung
einer lieben Frau Emma, geb. Bergmann,
von einem muntern Knaben, beehrt sich hier-
durch Freunden und Verwandten ergebenst an-
zuzeigen:
Peterwitz, den 9. März 1852.

Dierig, Amtmann.

[2272] Todes-Anzeige.
Der Herr über Leben und Tod rief heute in
der Morgenstunde um 1½ Uhr unseren Vater,
Schwiegervater und Großvater, den Bürger und
Schuhmachermeister Joh. Gottfr. Koch, in
dem ehrenvollen Alter von 88 Jahren, 1 Monat
und 26 Tagen, an Altersschwäche in sein himm-
liches Reich.
Dies zeigen allen Verwandten und Bekannten
ergebenst an:

Die Hinterbliebenen.
Breslau, den 9. März 1852.

Theater-Repertoire.
Mittwoch, den 10. März. Bei aufgehobenem
Abonnement zum Benefiz des Fräulein Babnigg. Neu einstudirt. "Der
Alte vom Berge." Große heroische Oper
mit Tanz in 5 Akten, nach dem Englischen
des Esq. A. Bunn. Musik von J. Benedict.
Donnerstag, den 11. März. 60ste Vorstellung
des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.
Zum ersten Male: "Wie man Häuser
baut." Lokales Zeitgemälde in 4 Akten,
mit freier Benutzung einer historischen Anec-
dote von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Au Fräulein Emma Babnigg

als Banchon
am 8. März 1852.
Banchon zu sein, eine ernste schwere Be-
stimmung,
Doppelt schwer, besonders bei jeglicher Zeit. —
Nicht blos in Sang und Spiel hast Du das
Rätsel gelöst;
Stets warst Du's Selbst, möbst Du
etwig es sein. von K.

Pädagogische Section.

Freitag den 12. März Abends 6 Uhr: Herr
Dr. Suckow: Ueber die zweckmässigste Ein-
richtung eines Erziehungs-Systems mit beson-
derer Berücksichtigung der Pädagogik von
Rosenkranz. [1302]

Au L....
Ich bitte die mir nur dem Vornamen
nach bekannte Person, von der ich den
14. Februar einen Brief erhalten habe,
mir noch einen zweiten zulassen zu los-
sen, mit näherer Angabe der Verhältnisse,
um danach verfahren zu können.
[2147] K.....

[1296] In Kommission bei Trewendt u.
Granier ist soeben erschienen und durch alle
Buchhandlungen zu beziehen:

Zwölf Lieder

an
Emma Babnigg
16. Eleg. brosch. mit Goldschnitt. 6 Sgr.

Ich wohne jetzt in Berlin =
Straßauerplatz Nr. 4.
W. Ahlert, Grundbesitzer,
[2198] vormals Taschenstr. 4 Breslau.

[2220] Ein flüchtiger L. Klarnettist findet
sofort ein Engagement durch Unterzeichneten.
Waldburg, den 3. März 1852.

Heidenreich, Kapellmeister.

[2243] Agenturen-Gesuch.
(Ein thätiger, gewandter Agent in Chemnitz
sucht für diesen Platz noch einige Agenturen,
namentlich in Getreide, Mehl u. s. w. Derselbe
ist gut höflich eracht, ihre Adresse unter J. L.
Herrn Liedecke in Breslau, Stock-
gasse Nr. 28, zur Weiterbeförderung franco zu
liefern.

Constitutionelle Ressource im Weißgarten.

Die resp. Mitglieder werden Bewußt der Wahl des Vorstandes für das mit dem 1. April
d. J. beginnende Gesellschaftsjahr auf

Montag den 29. März d. J., Abends 7 Uhr, [1294]
zu einer General-Versammlung in dem Springer'schen Saale hierdurch eingeladen.
Jeder Erscheinende hat sich durch Vorzeigung seiner Mitgliedskarte zu legitimiren, und erhält
beim Eintritt einen gestempelten Stimmzettel.

Das gedruckte Mitglieder-Verzeichniß kann von den resp. Mitgliedern vom 25. d. M. ab
in Empfang genommen werden bei

Herrn Kaufmann **Lorke**, Neue Schweidnitzerstr. Nr. 6,
= Cafetier **Springer**, Gartenstraße Nr. 16,
= Haupt-Agenten **Weiß**, Elisabetstraße Nr. 5,
= Kaufmann **Neimelt**, Ohlauerstraße Nr. 1,
= Juwelier **Leutnant**, Schmiedebrücke Nr. 12,
= Kaufmann **Zeisig**, Ring Nr. 49,
= Kaufmann **Nickel**, Albrechtsstraße Nr. 7.

Anmeldungen werden eben dort angenommen. Diejenigen Mitglieder, welche noch keine
Statuten erhalten haben, können dieselben bei Herrn Nickel in Empfang nehmen.

Breslau, den 8. März 1852.

Der Vorstand.

[1295] Dem vielseitigen Begehr zu entsprechen, so habe
ich wieder eine Sendung der
in England und Frankreich patentirten
neu erfundenen Schreibfedern
in möglichster Vollkommenheit
beordert, und erwarte solche in einigen Tagen.

Ed. Groß in Breslau, am Neumarkt 42.

P. S. Nach Kreuzburg (nicht Colimburg) an Herrn
Buchhändler Kühnert sind die bestellten Federn per Post ge-
sandt; diese Verächtigung auf Verlangen des Herrn Kühnert.
Der Obige.

[1297] Zur Annahme von Aufträgen auf
Grabgitter, Monumente, Grabkreuze, Balkon-
und Thurmüller von Gußeisen,
empfiehlt sich: **Ferd. Rehm, Ritterplatz Nr. 1.**

[1298] **Kleesamen,**
neuen rothen schlesischen, französischen und galizischen langrankigen Samen, weißen Klee-
samen, echte franz. Luzerne, Thymothee, engl. und franz. Raygras, Honigras, Knaulras, Wiesenfußschwanz, Schafschwingel, Wiesen-Schwingel, Kamm-
ras, Nachgras, gemischten Gräsern, Knörrich, Esparsette, gereinigten Sä-
Veinsamen und rothe Futter-Kunkelrübensamen, nebst allen Gattungen
Garten-, Feld-, Wald- u. Blumen-Samen,
laut gratis in Empfang zunehmendem Verzeichniß, sämlich von erprobter Keimfähig-
keit, empfiehlt zu den billigsten Preisen:

Carl Fried. Reitsch,
Stockgasse 1, am Ringe

[1299] **Sehr wohlfeiler Hopfen-Ausverkauf.**

50 Ballen 1851er braunschweiger Hopfen, 100 Pfund 68 fl.,
20 " englischen Hopfen, 100 " 100 "
20 " brabanter Hopfen, 100 " 110 "
mehrere Sorten 1850er, 1848er, 1847er Hopfen 36 fl. bis 20 fl., auch ein Vorrath von äch-
tem Saazer 1851er Hopfen zu 200 fl. und 220 fl., zahlbar in österreichischen Banknoten
und Wiener Gewicht, bei **Leopold Zdeborsky**, Handelsmann in Prag.

[2197] Meine nach neuester Wiener Art eingerichtete
Strohhut-Waschanstalt
empfiehlt sich einem geehrten Publikum; es werden daher von jetzt an wieder alle Gattungen
Strohhüte zum Waschen und Modernisiren angenommen;

J. B. Hürbe, Ecke Albrechtsstr. Nr. 6, im Palmbaum

Die Strohhut-Fabrik von C. R. Laffert,
Ohlauerstraße Nr. 14,

empfiehlt sich zum Waschen u. Modernisiren aller Arten Stroh- u. Borten-
hüte. Bestellungen werden auch angenommen in der Bude am Ringe vis-à-vis dem
goldnen Baum.

[2254] **Haus- und Geschäfts-Verkauf.**

In einer schlesischen Provinzialstadt von ca. 16000 Einwohnern ist eine seit vielen Jahren
bestehende, im besten Theile des Marktes gelegene, höchst rentable

Stahl- und Kurzwaren- und Cigarren-Handlung
mit massivem, im besten baulichen Zustande befindlichen Vorder- und Hinterhause, Familienver-
hältnissen wegen zu verkaufen.

Reflektirende, welche 6000 fl. anzuzahlen im Stande sind, erfahren das Nähere bei Herrn
C. F. Bock in Breslau, Ring Nr. 13.

[2261] Ein gebrauchter, eleganter, halbgedeckter, und ein ganz und halbge-
decker Chaise-Wagen, beide im besten Zustande, sind billig zu verkaufen.

Zugleich empfiehlt sich eine Auswahl neuer Wagen zur gütigen Beachtung.
Herrmann Dreßler, Wagenbauer, Neuschiffstraße Nr. 45.

[132] **frische Blut- und Leberwurst,**
nach Berliner Art, empfiehlt:

C. F. Dietrich,
Schmiedebrücke Nr. 2.

Nothwendige Subhastation.

Zum nothwendigen Verkaufe der unter Nr. 16
zu Zimpel belegenen, dem Maurermeister Ben-
jamin Traugott Sauermann gehörigen, nach
ihrem Ertragswerthe gerichtlich auf 8000 Thlr.
geschätzten Ziegeleibefestigung, worauf sich Dampf-
und Ziegelpressmaschinen im Taxwerthe von
3600 Thlr. befinden, haben wir einen Ter-
min auf

den 10. September d. J.,

Vormittags 11 Uhr,
vor dem Herr Kreisgerichtsrath Dr. v. Rein-
baben in unserem Parteizimmer anberaumt.
Taxe und Hypothekenschein können in der Sub-
hastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 17. Januar 1852.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am 25. Februar d. Mittags zwischen 12 und
1 Uhr ist in dem hiesigen Stadtgraben an der
eisernen Brücke, welche die Nikolaistraße mit der
Friedrich-Wilhelmsstraße verbindet, der Leichnam
eines neugeborenen lebensfähigen Kindes aufge-
funden worden, welches eines gewaltsamen Todes
gestorben ist.

Wer über die Person dieses Kindes oder den
Thäter nähere Auskunft geben kann, hat sich in
dem Verhörrzimmer Nr. 10 im ehemaligen In-
quisitorial-Gebäude zu melden.

Breslau, den 6. März 1852.

Königl. Stadtgericht. Abtheilung für Strafachen.

Ediktal-Verfügung.

Die unbekannten Inhaber der unten verzeich-
neten schlesischen Pfandbriefe werden nach Vor-
schrift der §§ 126, 127, Tit. 51 der Prozeß-
Ordnung hierdurch aufgefordert, mit ihren An-
sprüchen daran bis zum Zinstermine Johannis
1852, spätestens aber in dem

auf den 2. August 1852.

Vormittags 11 Uhr,
anberaumten Termine in unserem Kassenzimmer
hier selbst sich zu melden, widrigfalls jene
Pfandbriefe durch richterlichen Spruch werden
amortisiert und den unten genannten Extrahen-
ten des Ausgebots an die Stelle derselben neue
Pfandbriefe, oder, insoweit eine Kündigung nach
Vorschrift des Regulativs vom 7. Dezember
1849 (G. S. vom Jahre 1849, S. 76 ff.)
stattgefunden, die Valuten werden ausgereicht
werden.

Schwarzwaldbau SJ. Nr. 116 zu 500 Rtl.
Extrahent: verwitwete Johanna Dorothea
Schraner, geb. Babisch, zu Dürrgötz.

D.-N.-Rietzschk GS. Nr. 26 zu 100 Rtl.
Schönich BB. Nr. 17 zu 100 Rtl. Extrahent:
unverheirathete Charlotte Wilhelmine Wolff zu
Grabow bei Stettin.

Bitzlin OS. Nr. 319 zu 100 Rtl. Extra-
hent: Lehrer Großpietsch hier selbst.

Breslau, den 14. November 1851.

Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Ediktal-Citation.

Königl. Kreis-Gericht Landsberg a. W.
den 10. Januar 1852.

Die unbekannten Erben der am 27. Juli
v. J. zu Viez verstorbenen Witwe des Steuer-
Einnahmers Samuel Greulich, Helene geb.
Ritter, früher verehel. Unteroffizier Flach,
werden hierdurch aufgefordert, sich binnen 9 Mo-
naten, spätestens

am 1. Novbr. d. J. Vorm. 11 Uhr,
an hiesiger Gerichtsstelle vor Hrn. Kreisrichter
Hartmann schriftlich oder persönlich zu melden
und weitere Anweisung zu erwarten, widrig-
falls der in 609 Thlr. 4 Sgr. 2 Pf. bestehende
Nachlaß dem nächsten sich meldenden Erben oder
dem Fiskus ausgeantwortet wird.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Thomas Kaul gehörige Erbschlo-
ssi-Bestzung Nr. 1 zu Leuber, Neustädter Kr.,
taxirt auf 19.543 Rtl. 10 Sgr., soll

am 11. September d. J.

Vormittags 11 Uhr
an hiesiger Gerichtsstelle subhastiert werden.

Taxe und Hypothekenschein sind in der Regi-
stratur unseres II. Büros einzusehen.

Neustadt O/S., den 31. Januar 1852.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheil.

Brennholz-Verkauf.

Um dem durch den Poln.-Würbizer Dominal-
Forst führenden und in Stoiberau einmünden-
den Flößbach stehend:

166 Klstr. Erlen- und Birken-Leibholz I. Klasse,
133 Klstr. Erlen- und Birken-Leibholz II. Klasse,

3 1/2 Klstr. Eichen-Leibholz,
95 1/2 Klstr. Erlen- und Birken-Kullenholz

zum Verkauf aufgestellt. Die nähern Bedin-
gungen sind bei dem Dom. Poln.-Würbitz bei
Constadt zu erfragen.

